



# Wortprotokoll

über die 22. Sitzung der

## Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 27. Januar 2016

(öffentlich)

**Oberbürgermeister**

Reiter

**2. Bürgermeister**

Schmid

**3. Bürgermeisterin**

Strobl

**bfm. Stadtratsmitglieder**

siehe Anwesenheitsliste

**ea. Stadtratsmitglieder**

siehe Anwesenheitsliste

**ferner**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
der Verwaltung

**Protokoll**

Peisl, Strzelczyk, Frei, Henn, Maier,  
Niedermayer, Zürner

## **Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 27. Januar 2016**

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

### **Ehrenamtliche Stadratsmitglieder:**

#### **CSU:**

StR Dr. Babor

StRin Burkhardt

StRin Caim

StR Dr. Dietrich

StRin Frank

StRin Grimm

StRin Kainz

StR Kuffer

StRin Dr. Menges

StR Offman

StRin Dr. Olhausen

StRin Pfeiler

StR Podiuk

StR Pretzl

StR Quaas

StR Sauerer

StR Schall

StR Schlagbauer

StR T. Schmid

StR Schmidbauer

StR Seidl

StR Stadler

StR Straßer  
StR Dr. Theiss  
StR Zöller

**SPD:**

StRin Abele  
StR Amlong  
StRin Boesser  
StRin Burger  
StRin Dietl  
StRin Hübner  
StR Kaplan  
StR Lischka  
StRin Messinger  
StR Dr. Mittermaier  
StR Müller  
StR Naz  
StR Reissl  
StRin Rieke  
StR Röver  
StR Rupp  
StR H. Schmid  
StRin Schönfeld-Knor  
StRin Dr. Söllner-Schaar  
StRin Volk  
StR Vorländer  
StRin Zurek

## **Bündnis 90/**

### **Die Grünen/RL:**

StR Bickelbacher  
StR Danner  
StRin Demirel  
StRin Dietrich  
StRin Habenschaden  
StRin Hanusch  
StRin Koller  
StR Krause  
StRin Krieger  
StR Monatzeder  
StRin Nallinger  
StR Niederbühl (RL)  
StR Dr. Roth

## **Freiheitsrechte, Transparenz und**

### **Bürgerbeteiligung:**

StR Dr. Heubisch (FDP)  
StR Dr. Mattar (FDP)  
StRin Neff (FDP)  
StR Ranft (Piraten)  
StR Zeilinhofer-Rath (HUT)

### **Bürgerliche Mitte – FW/BP:**

StR Altmann (FW)  
StRin Sabathil (FW)  
StR Dr. Assal  
StR Progl (BP)

**DIE LINKE.:**

StR Oraner

StRin Wolf

**ÖDP:**

StRin Haider

StR Ruff

**ALFA:**

StR Schmude

StR Wächter

**Bürgerinitiative**

**Ausländerstopp (BIA):**

StR Richter

## **Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:**

Bfm. StR	Dr. Blume-Beyerle
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Bfm. StR	Dr. Küppers
i.V.	Grodeke
Bfm. StRin	Meier
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Stadtschulrat	Schwepe
Stadtkämmerer	Dr. Wolowicz

## Inhaltsverzeichnis

OB Reiter:.....	10
StR Richter:.....	10
OB Reiter:.....	11
StR Richter:.....	11
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	11
Mailprogramm und Terminkalender für Stadtratsnotebook.....	12
StRin Haider:.....	12
Leiharbeitsverhältnisse in der Stadtverwaltung München.....	12
Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit München, Vertretung der LH München.....	13
Dringlichkeitsantrag Nr. 1737 der ALFA - Den Münchner Fasching schützen -.....	13
OB Reiter:.....	13
StR Schmude:.....	13
Herr Dr. Glaser (Leitung Rechtsabteilung):.....	14
StR Dr. Mattar:.....	14
„Haushaltsbeschluss ernst nehmen“.....	15
Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2016.....	15
StRin Wolf:.....	15
StR Dr. Roth:.....	15
StR Kaplan:.....	16
StR Dr. Mattar:.....	17
StR Kuffer:.....	18
StRin Wolf:.....	19
StR Altmann:.....	19
StR Wächter:.....	20
StR Dr. Roth:.....	21
StRin Messinger:.....	22

StK Dr. Wolowicz:.....	22
OB Reiter:.....	24
StRin Wolf:.....	24
OB Reiter:.....	24
StK Dr. Wolowicz:.....	25
Städtisches Klinikum München GmbH (StKM).....	26
OB Reiter:.....	26
Herr Dr. Fischer (StKM, Vorsitzender der Geschäftsführung):.....	26
StRin Wolf:.....	28
OB Reiter:.....	29
StR Dr. Theiss:.....	29
StRin Dietrich:.....	31
StR Lischka:.....	32
StR Dr. Assal:.....	33
StR Wächter:.....	34
StR Richter:.....	34
Herr Dr. Fischer:.....	35
OB Reiter:.....	36
Erlass einer Erhaltungssatzung im Stadtbezirk 07.....	37
OB Reiter:.....	37
Herr Keller:.....	37
StR Zöllner:.....	38
StR Amlong:.....	40
StR Bickelbacher:.....	41
Bfm. StRin Meier:.....	42
StR Kuffer:.....	42
StR Altmann:.....	42
Bfm. StRin Meier:.....	43
Frau Charlier (stellv. Referentin für Stadtplanung und Bauordnung):.....	43



Personaleinsatz zur Liquidierung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe für umF .....	45
Bfm. StRin Meier:.....	45
Frau Dr. Erl-Kiener (Leitung Revisionsamt).....	47
StR Dr. Assal:.....	47
StR Müller:.....	48
StRin Demirel:.....	53
StR Dr. Assal:.....	55
StR Zeilnhofer-Rath:.....	56
OB Reiter:.....	57
StR Müller:.....	58
StR Richter:.....	60
OB Reiter:.....	63
OB Reiter:.....	64
OB Reiter:.....	65
StRin Koller:.....	65
StR Dr. Assal:.....	67
Bericht zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Beschaffung der LH München.....	68
StRin Haider:.....	68

## Öffentliche Sitzung

**Beginn:** 09:14 Uhr

**Vorsitz:** OB Reiter

OB Reiter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie bitten, sich kurz zu erheben.

Heute ist der Internationale Holocaust-Gedenktag und der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, eingeführt 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Ich möchte gern aus der Proklamation zitieren:

*„Die Erinnerung darf nicht enden. Sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“*

Wir können uns diesen Worten - zumindest zu sehr großen Teilen - anschließen. Ich bedanke mich.

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, ich beziehe mich auf § 54 der Geschäftsordnung. Ich darf zitieren - wenn es Ihnen nicht so geläufig ist:

*„Zur Berichtigung bestimmt bezeichneter Tatsachen, zu persönlichen Bemerkungen oder zur Abwehr eines persönlichen Angriffs wird sofort nach Beendigung der betreffenden Rede - (das war Ihre) - oder auf Verlangen ... das Wort zu einer Erklärung erteilt.“*

Ich würde gern die Gelegenheit zu einer solchen Erklärung nutzen, Herr Oberbürgermeister. - (Zurufe)

OB Reiter:

Es gibt aus meiner Sicht keinen Grund dafür. Sie können sich gern geschäftsordnungsmäßig beschweren. Das Recht steht Ihnen zu.

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, das werde ich machen. Die Öffentlichkeit ist Gott sei Dank sehr zahlreich vertreten. Ich werde diesen Vorgang zum Gegenstand einer Presseerklärung machen.

**Bestätigung von Ausschussbeschlüssen**

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 5, B 6 und B 9 werden **einstimmig beschlossen**.  
(Aktensammlung Seite 3219 - 3226)

**Mailprogramm und Terminkalender für Stadtratsnotebook**  
**Antrag Nr. 1038 von StR Seidl und StRin Pfeiler**  
**vom 13.05.2015**

Aktensammlung Seite 3215

**Beschluss** (gegen die Stimmen der ÖDP):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Haider:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich setze mich wie ein paar andere Kollegen auch dafür ein, dass wir tatsächlich weitgehend ohne Papier arbeiten können. Bisher haben wir täglich zweieinhalb Kilo Papier zu schleppen. Im Zeitalter des digitalen Fortschritts geht es auch anders. Mit dieser Vorlage geht es uns nicht schnell genug. Deshalb lehnen wir sie ab.

**Leiharbeitsverhältnisse in der Stadtverwaltung München**  
**Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 3217

**Beschluss** (gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL):

Nach Antrag

## **Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit München, Vertretung der LH München**

Aktensammlung Seite 3207

### **Beschluss:**

Nach Antrag

## **Dringlichkeitsantrag Nr. 1737 der ALFA - Den Münchner Fasching schützen -**

Aktensammlung Seite 3227

### OB Reiter:

Die Rechtsabteilung sagt in ihrer ersten Einschätzung, dass der Antrag nicht dringlich ist. Das kann die Rechtsabteilung auch noch begründen, wenn Sie das wünschen. Ansonsten müssten wir es als normalen Antrag werten.

### StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten den Antrag sehr wohl für dringlich. Heute ist die letzte Stadtratssitzung vor dem Fasching. Sie alle wissen, da Sie Zeitungen lesen und sonstige Medien konsumieren, dass es in der letzten Zeit sehr viele Diskussionen über die Sicherheit von Großveranstaltungen gegeben hat. Das hat in der Öffentlichkeit sogar solche Auswüchse angenommen, dass darüber resümiert wird, ob Großveranstaltungen überhaupt noch stattfinden können.

Das ist eine große Katastrophe. Es ist die Pflicht der gesamten politischen Klasse in Deutschland, also auch für uns in München, alles zu tun, um dafür zu sorgen, dass Großveranstaltungen - dazu gehört der Fasching - in Sicherheit, Ruhe und Frieden stattfinden können. Deshalb sollte der Stadtrat heute der Stadtverwaltung mitgeben, durch die Zuhilfenahme von privaten Security-Firmen die

Sicherheit der Faschingsfeiern in München zu gewährleisten. Es wäre ein sehr wichtiges Signal, dass der Staat die Sicherheit als seine Aufgabe ernst nimmt. Danke schön.

Herr Dr. Glaser (Leitung Rechtsabteilung):

Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Dringlichkeit sind immer zwei Voraussetzungen zu prüfen, zum einen die zeitliche und zum anderen auch die inhaltliche Dringlichkeit. Die zeitliche Dringlichkeit ist natürlich gegeben, weil es die letzte Stadtratssitzung vor dem Fasching ist.

Die inhaltliche Dringlichkeit besteht aus Sicht der Rechtsabteilung aber nicht. Es handelt sich bei allen inhaltlichen Punkten um laufende Angelegenheiten in der Entscheidung des Oberbürgermeisters. Die Annahme eines Dringlichkeitsantrages setzt voraus, dass ein Beschluss erforderlich ist, weil die Zuständigkeit des Stadtrates gegeben ist. Der Stadtrat ist für diese Sache nicht zuständig. Diese Notwendigkeit sehen wir nicht. Aus formalem Grund ist der Stadtrat für die Beschlussfassung nicht zuständig.

Dem Antrag Nr. 1737 wird gegen die Stimmen der FTB, ALFA, BIA und StR Altmann die Dringlichkeit **nicht zuerkannt**.

StR Dr. Mattar:

Wir wollten der Dringlichkeit zustimmen, um deutlich zu machen, dass der Antrag inhaltlich ein „Schmarrn“ ist. Die Sicherheit herzustellen ist Aufgabe der Polizei, aber nicht die von irgendwelchen Security-Firmen.

**„Haushaltsbeschluss ernst nehmen“****Diverse Anträge**

und

**Regelungen zum Vollzug des Haushalts 2016**

Aktensammlung Seite 3201 und 3203

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diesen heutigen Beschluss, dass die Fachausschüsse eigentlich nichts mehr zu entscheiden haben, sondern alles unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt wird und nur noch im Juli, Oktober oder zur Verabschiedung des Haushalts etwas, was Geld kostet, vorgebracht werden kann, für eine strukturelle Änderung der Stadtratsarbeit und der Stadtverwaltung. Dies ist falsch und schädlich. Für mich entmündigt das zum Teil die Arbeit der Fachausschüsse. Es gibt wenige Beschlüsse, bei denen nicht Ressourcen zugeschaltet werden müssen und die kein Geld kosten. Vielleicht spart man manchmal auch Geld.

Es wird alles aufgeschoben. Ich glaube, ein Ausfluss des Ganzen ist der Wegfall von zahlreichen Ausschüssen im Januar und die wirklich dünne heutige Tagesordnung. So dünn war die Tagesordnung für eine Vollversammlung noch nie. Warum soll die Verwaltung im Januar und Februar Beschlüsse vorschlagen, wenn sie genau weiß, dass die Umsetzung erst nach der Beschlussfassung im Juli geschehen kann? Als städtischer Mitarbeiter würde ich auch über Weihnachten und Neujahr sowie im Januar oder Februar nichts mehr machen oder etwas herunterfahren. Ich glaube, wir haben eine sehr unglückliche Verschiebung der Schwergewichte zwischen den Fachausschüssen und dem Finanzausschuss. Ich werde die Beschlüsse deshalb nicht mittragen.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man so vorgehen, aber wir halten das nicht für notwendig. Wenn man nur das letzte Jahr mit der bisher einmaligen Verschiebung des Haushaltes erlebt hat, weil sich so viele Veränderungen angesammelt hatten, könnte man vielleicht denken, es ginge nicht anders, als jetzt sehr viele Vorsichtsmaßnahmen und neue Schritte einzuziehen.

Vorher hat es durchaus gut geklappt. Man kann auch ein gewisses Vertrauen in die Kompetenz der Fachausschüsse setzen, die nicht nur über den Inhalt, sondern auch über die Finanzen nachdenken. Wir denken, dass dieses Vorgehen unnötig kompliziert ist. Wir haben sozusagen eine Ausschussberatung, vor der Vollversammlung einen gemeinsamen VPA/Finanzausschuss und eine Bestätigung der Beschlüsse. Wenn ich es richtig interpretiere, dann fließt das Geld immer noch nicht, weil man noch einen Haushaltsbeschluss braucht. Wir haben ein vielstufiges Programm. Vieles, was gleich gemacht werden sollte, wird erst später realisiert.

Außerdem gibt es noch eine Ausnahmeregelung für besonders dringliche Fälle. Wenn man diese Ausnahmeregelung sehr weit interpretiert, ist dieser Beschluss eigentlich durchlöchert. Wenn man sie sehr eng auslegt, besteht die Gefahr, dass die Verschiebungen zur Erledigung dringlicher Aufgaben kontraproduktiv sind.

Wir denken, dass die bisherige Methode richtig war, nämlich darauf zu achten, was in welchem Ausmaß notwendig ist und bei haushaltsrelevanten Beschlüssen Zwischenbilanzen zu machen. Im letzten Jahr wurde von der Rathausmehrheit nicht in ausreichendem Maße so gehandelt. Deshalb kam es zu dieser problematischen Situation.

In diesem Kontext wird vorgeschlagen, diese singuläre Praxis des letzten Jahres zur Regel für spätere Haushaltseinbringungen zu machen. Wir denken, wenn man sich rechtzeitig über neue Entwicklungen informiert und diese berücksichtigt, ist das nicht notwendig. Wie in den früheren Jahren hat man zwischen Einbringung des Haushalts und endgültigem Beschluss genügend Zeit. Wir sehen keine Notwendigkeit zu strukturellen Änderungen in diesem Ausmaß, sondern die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die den Haushalt entlasten - wir haben viele Vorschläge gemacht - und einige nicht zu leistende Investitionen schon jetzt zu canceln, um die Planungskosten nicht auflaufen zu lassen. Dann hätten wir einen „entspannteren“ Haushalt. Wir könnten den Fachausschüssen weiterhin vertrauen und nicht eine Misstrauenskultur einziehen lassen, indem wir ein zu komplexes Verfahren einführen. Deshalb wenden wir uns gegen den Vorschlag. Danke schön.

StR Kaplan:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz versuchen, die Bedenken zu entkräften.

Es geht nicht um ein kompliziertes Verfahren. Sinn des Ganzen ist, dass wir nicht monatlich in der Vollversammlung finanzwirksame Beschlüsse fassen, ohne eine Gesamtschau zu haben. Beim jet-



zigen Verfahren beraten die Fachausschüsse weiterhin - deren Fachkompetenz wird auch zukünftig gebraucht -, sie geben allerdings nur eine Empfehlung an die für den Nachtragshaushalt zuständige Vollversammlung ab. Wenn alles an Empfehlungen aufgelaufen ist, haben wir eine Gesamtschau, und wir können beurteilen, ob wir uns alles leisten können. Wenn wir uns die Maßnahmen leisten können, können wir sie einfach umsetzen. Wenn wir uns Maßnahmen nicht leisten können, müssen wir uns eine Prioritätensetzung überlegen. Eine solche Gesamtschau fehlte uns bisher.

Das neue Verfahren ist eine Herausforderung. Wir werden sehen, ob es überhaupt funktioniert, die vielen Dinge gemeinsam zu betrachten, zu vergleichen und Prioritäten zu setzen. Wir haben zumindest die Chance, einen Überblick zu bekommen.

Frau Wolf, Ihre Bedenken kann ich entkräften. Spätestens im Februar werden in den Ausschüssen die ersten Beschlüsse kommen. Es handelt sich dann um Empfehlungen. Wir haben die Personalausweitungsanträge der Referentinnen und Referenten in das erste Quartal 2016 verschoben. Dann werden die Vorschläge vorgelegt, wir werden diskutieren und Empfehlungen beschließen. Zum 1. Nachtragshaushalt werden wir die Entscheidung treffen. Ich denke, dass es ein vernünftiges Verfahren ist. Ich bin gespannt, ob dieser „Kraftakt“ funktioniert. Wir sollten es aber auf jeden Fall versuchen. Es wird sich lohnen.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist der Versuch, den jahrelangen „Haushaltsschlendrian“ zu beenden. Wir haben das Jahr und Tag gefordert. Ich habe das ab 2008, seit ich im Stadtrat bin, getan. Auch Herr Kollege Prof. Dr. Hoffmann hat es als finanzpolitischer Sprecher wiederholt gefordert.

Mir war immer völlig unverständlich, wie man im Dezember einen Haushalt für das kommende Jahr beschließen kann und schon in den Januar-Sitzungen enorme Ausweitungen vornimmt. Ein solches Verfahren gibt es nirgendwo. Es gibt zum Beispiel in Nürnberg überhaupt keinen Nachtragshaushalt, wie mir übermittelt wurde.

Herr Kaplan, es handelt sich überhaupt nicht um eine Herausforderung. Die Referate wissen, dass sie Maßnahmen in den Haushalt einbringen müssen, wenn sie für das nächste Jahr etwas haben wollen. Das ist das einfachste der Welt. Das gilt in allen Städten und Gemeinden. Es gilt auf Landesebene - dort haben wir einen Doppelhaushalt - und auf Bundesebene. Es stellt also keine Her-

ausforderung dar, sondern ist das ganz normale Verfahren, das man bei Finanzen praktizieren muss.

Ich habe noch eine Bitte, weil ich gern eine etwas strengere Handhabung zum zeitlichen Ablauf hätte. Auf Seite 3 der Vorlage wird vorgeschlagen, dass die Fachausschussberatungen im Juli-Plenum als Tischvorlage nachgereicht werden. Ich glaube, das ist wieder ein „unter Druck setzen“ des Stadtrates. Warum soll man nicht diese Ausschussbeschlüsse des Julis im Oktober einbringen? Dann haben wir eine Gesamtschau. Wir haben im August keine Ausschüsse, und im September laufen die Sitzungen erst wieder an. Im Oktober tagen die Ausschüsse wieder normal. Für das Plenum und einen Nachtragshaushalt im Oktober bedeutet es also keine Überforderung. Ich denke, wir sollten der Verwaltung mehr Disziplin auftragen und die Juli-Fachausschussberatungen direkt in den Nachtragshaushalt einfließen lassen.

Ansonsten werden wir der Vorlage zustimmen.

StR Kuffer:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht überhaupt nicht um Einführung einer Misstrauenskultur, sondern ein zielgerichtetes Vorgehen und den dringend notwendigen Versuch, den überdimensionalen Anteil der konsumtiven Ausgaben zu senken. Ich muss nicht die Ausführungen meiner Haushaltsrede wiederholen. Diese kennen Sie alle noch. Sie wissen, welche Schwierigkeiten dieses überdimensionale Ansteigen der konsumtiven Ausgaben im investiven Bereich verursacht.

Es geht auch nicht um eine Verschiebung der Gewichte zugunsten des Finanzausschusses und zulasten der Fachausschüsse, sondern es geht um die Wiederherstellung eines Gleichgewichts in der finanz- und fachpolitischen Abwägung, die leider in den letzten Jahren verloren gegangen ist. Es geht um die Wiederherstellung einer gewissen Disziplin im Umgang mit unseren Finanzen, die sich künftig wieder stärker als bisher daran orientieren muss, was machbar ist und was wir uns leisten können. Es ist Aufgabe, die eine oder andere fachpolitische Entscheidung bis zum Ende ihrer Finanzierbarkeit durchzudeklinieren. Dazu ist es erforderlich, einen Überblick zu bekommen. Nur wenn wir einen Überblick über möglichst viele anstehende Ausgabenpositionen haben, ist auch eine Abwägung möglich. Die Frage, was wir uns leisten können, hängt auch damit zusammen, was wir uns sonst noch alles leisten müssen. Nur so ist eine politische Abwägung und Priorisierung möglich. Es geht um eine Zusammenfassung, Gegenüberstellung fachpolitischer Überle-

gungen und anschließend die finanzpolitische Bewertung, die übrigens nicht der Finanzausschuss vornimmt, sondern selbstverständlich Angelegenheit der Vollversammlung ist.

Insofern bedanken wir uns für die Vorlage, die voll den Anträgen von CSU und SPD entspricht. Wir glauben, damit eine gute Basis in den nächsten Jahren zu haben, um das Gleichgewicht wieder herzustellen und zu einer besseren finanzpolitischen Planbarkeit zu kommen. Was die spätere Einbringung des Haushalts bedeutet, haben wir sehr drastisch vor Augen geführt bekommen. Das war nichts Neues. Wir haben all die Jahre zuvor schon erlebt, dass es sinnvoll ist, den Haushalt erst dann einzubringen, wenn die Nachmeldungen der Referate vollständig vorliegen, anstatt während der laufenden Haushaltsberatungen die Ansätze zu verändern. Auch wenn wir mit den Haushaltsberatungen näher an die Beschlussfassung heranrücken, ist meines Erachtens eine grundsätzlich spätere Einbringung des Haushalts sinnvoll, weil wir belastbare Grundlagen haben, über die wir uns in den Haushaltsberatungen unterhalten können. - (Beifall von der CSU)

StRin Wolf:

Ich will nicht die Haushaltsdebatte wiederholen und über die Ursachen von Haushaltslöchern reden. Aber zu Ihnen, Herr Kaplan: Wir haben im November/Dezember Personalbeschlüsse geschlossen, zum Beispiel hinsichtlich des Planungsreferates, mit der Zusage, dass wir nach der neuen Regelung im ersten Quartal 2016 beschließen, aber die Finanzierung erst im Juli geschieht. Das bedeutet, dass die Stellenbesetzungen erst im Juli starten können. Wenn wir die Beschlüsse vom November der neuen Regelung unterwerfen - das sind Folgen der Befragung „Great Place to Work“ und der Schlangen in den Ämtern des Kreisverwaltungsreferates, die es auch schon in die Zeitungen geschafft haben -, dann sind die Beschlüsse umsonst. Wenn der Stadtrat sagt: „Wir beschließen über die Finanzierung im Juli“ bedeutet dieses, es kommt die Sommerpause, dann die Stellenausschreibung, und es vergeht locker ein Jahr, bis sich überhaupt etwas tut. Ich halte das nicht für einen guten Umgang mit den Beschäftigten der Stadt.

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen diese Vorlage und werden sie mittragen. Auch ich habe in meinen Reden immer gesagt, dass ich mir Klarheit und Wahrheit des Haushalts wünsche. Diese sind mit der jetzigen Vorgehensweise wesentlich besser gewährleistet, als wenn wir jeden Monat X Beschlüsse fassen und Mitte des Jahres nicht mehr wissen, was schon alles beschlossen worden ist. Es ist mit Sicherheit der richtige Weg, wenn wir die Empfehlungen der Fachausschüsse zusammenfassen und den Haushalt im Paket beschließen. Wenn es um dringende Angelegenheiten geht, kann man natürlich jeden Monat einen Beschluss herbeifüh-

ren. Dieser Spielraum ist sowieso gegeben. Wenn man aber jeden Monat X Beschlüsse fasst, weiß Mitte des Jahres niemand mehr, was wir eigentlich schon ausgegeben haben.

Wie Kollege Dr. Mattar finde auch ich es nicht gut, wenn wir solche Pakete im Juli sehr kurzfristig oder als Tischvorlage bekommen. Letztes Jahr, als der Haushalt im November überraschend verschoben worden ist, gab es ein Durcheinander. Alle waren verunsichert, und keiner wusste, wie es weiter geht. Das möchte ich vermeiden, indem wir uns jetzt auf eine Vorgehensweise verständigen. Wir brauchen die Vorlage rechtzeitig, d. h. mit 14 Tagen Vorlauf, um diese Pakete ordnungsgemäß durcharbeiten zu können. Wenn man eine Tischvorlage erst drei, vier Tage vor der Vollversammlung bekommt, ist das nicht mehr möglich.

Ansonsten bin ich gespannt, ob Sie diese Beschlüsse auch wirklich ernst nehmen und nicht doch wieder dagegen verstoßen werden. Wir hatten uns schon öfters darauf verständigt, dass wir keine großen Beschlüsse mit weiteren Ausweitungen fassen, aber das ist in der Vergangenheit nicht eingehalten worden. Ich hoffe, dass es in Zukunft eingehalten wird. Ich verspreche es, ich werde mich bemühen und auch darauf achten, ob es so gemacht wird. Ich stehe dem positiv gegenüber und hoffe, dass es auch wirklich so passiert. Das kommt den Finanzen der Stadt mit Sicherheit zugute.

#### StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn muss ich Herrn Dr. Roth widersprechen: Dass die bisherige Methodik nicht die richtige ist, haben wir 2015 gesehen. Auch wir sind der Meinung, dass hier ein Umschalten notwendig ist, und wir finden die Beschlussvorlage recht gelungen. Das Problem für jede GroKo dieser Welt, dieser Republik ist, dass zwischen Idee und Umsetzung oftmals Welten liegen. Das haben wir schon 2015 gesehen, denn diese Beschlussvorlage ist nicht neu. Sie hatten es schon mal mit „Haushaltsbeschluss ernst nehmen“ versucht, aber es hat nicht geklappt.

Deswegen bringen wir von ALFA den gleichen Änderungsantrag wie 2014 ein. Wir schlagen Ihnen vor, begrenzen Sie diese Ausnahmen auf die Pflichtaufgaben. Das heißt nicht, dass Sie dringende Ausgabe nicht trotzdem tätigen können, Sie müssten dann nur im Budget „umschalten“. Herr Kuffer, ich gebe es Ihnen an die Hand: Es ist die Möglichkeit, den sozialen Frieden in der Koalition über das Jahr zu retten. Mit Ihrer Form der Vorlage haben Sie jede Woche mit Ihrem Koalitionspartner die Diskussion, was eine Ausnahme ist und was nicht. Deshalb der Vorschlag: Begrenzen Sie es auf die Pflichtaufgaben!

Zu guter Letzt zum geschätzten Kollegen Dr. Mattar: Sie haben die konkreten Ausweitungen bemängelt, die im Januar hier in diesem Saal begangen wurden. Auch ich sitze im Sozialausschuss, und die meisten Ausweitungen kommen aus dem Sozialausschuss. Die FTB, dort vertreten durch HUT, hat, soweit ich mich erinnern kann, noch nie einer Ausweitung im Sozialausschuss widersprochen. Was Sie hier erzählen, dass Sie gegen diese Ausweitungen wären, das ist „Firlefanze“. Vielen Dank!

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kaplan, lieber Kollege Kuffer! Sie haben es leider nicht ganz geschafft, mich zu überzeugen. - (Zwischenruf von StR Kaplan) - Sie sagen, es ist nicht so kompliziert. Aber wenn ich richtig zähle, befassen wir uns dann gemäß Tagesordnung mindestens viermal mit den Beschlüssen. Uns wurde gesagt, dass das Geld eigentlich erst im Nachtrag fließen kann, und dass sich zwischen Juli und Oktober noch etwas ändern kann. D. h. die Sachen, die wir vom letzten Jahr geschoben haben und die wir Anfang des Jahres behandeln, werden irgendwann im Oktober relevant.

In einer idealen Welt ist es weitgehend so: Wir planen alles frühzeitig, es ist alles in den Haushalt eingestellt, und wir müssen unterjährig gar nicht mehr debattieren. Gerne! Nur die Welt ist eben voller unvorhergesehener Ereignisse, die auch zu kurzfristigem Handeln nötigen. Gerade im letzten Jahr gab es mit dem Thema Flüchtlinge sehr viele Sachen, die 2014 nicht unbedingt so vorhersehbar waren.

Herr Kuffer, „weniger konsumtiv und mehr investiv“ mag gut klingen, was die CSU wie ein Mantra vor sich herträgt. Aber man muss sich auch die Realität und den Einzelfall anschauen. Diese überbordenden konsumtiven Maßnahmen, ob man sie jetzt gut oder schlecht findet, haben zu den Problemen des letzten Jahres geführt, und da war die CSU an der haushaltstragenden Mehrheit beteiligt. Selbst der größte Bereich der kurzfristigen Haushaltskorrektur, um ihn genehmigungsfähig zu machen, war nicht im konsumtiven Bereich, sondern es waren Verschiebungen im investiven Bereich. Ihr Mantra haben Sie also gar nicht erreicht. Sie haben wieder lieber investiv als konsumtiv gekürzt. Zur Prioritätensetzung: Wir müssen jedes Mal Prioritäten setzen und nicht ein Dreivierteljahr lang diskutieren und erst dann mit den Prioritäten anfangen.

Zur Verschiebung der Haushaltseinbringung: Wir alle sehen das Jahr 2015, wo es nicht geklappt hat, aber das Jahr 2015 war ein bisschen singulär. Es gab Haushaltsanmeldungen mit Doppelbuchungen im Bildungsreferat und Haushaltsanmeldungen mancher Referate, die im Vergleich zu

den Erfahrungen der letzten Jahre unrealistisch hoch waren. Da macht man beim nächsten Mal weniger Doppelbuchungen und weniger unrealistische Ansätze und muss nicht im Nachgang die Daumenschrauben ansetzen. Man muss einfach die Fehler des letzten Jahres korrigieren und nicht den grundsätzlichen Prozess ändern. Ich denke, das wurde bisher nicht gemacht. Darum werden wir den Vorschlag ablehnen. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StRin Messinger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Brigitte! Eine vorausschauende Personalplanung sollte auch im öffentlichen Dienst ein ganz normales Verhalten sein. Für uns ist es enorm wichtig, dass wir einen Überblick über unsere Personalzuschaltungen haben, damit wir nicht plötzlich an der Reißleine ziehen müssen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir Great Place to Work nicht ernst nehmen. Auch für die Beschäftigten ist es wichtig zu wissen, dass wir natürlich weiterhin Personal zuschalten werden, wo es nötig ist, aber planbar. Damit wir nicht plötzlich feststellen, so geht es nicht weiter, müssen wir das Ganze noch mal auf einen Prüfstand stellen. Es ist wichtig und sinnvoll, vorausschauender zu planen. Die Beschäftigten müssen sich nicht sorgen, wir nehmen Great Place to Work weiterhin sehr ernst.

StK Dr. Wolowicz:

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Lateiner sagt in dem Fall „*tua res agitur*“. Über deine Sache wird verhandelt oder geredet. Es ist allein die Sache des Stadtrates, wie er in Zukunft über unterjährige Haushaltsausweitungen entscheiden wird. Ich halte beide Stadtratsanträge, die dazu von CSU und SPD gestellt wurden, für sehr vernünftig, und möchte das kurz begründen.

Ich ziehe die Parallele zum Privathaushalt. Wenn jemand Ende des Jahres seine Planung für einen privaten Haushalt des nächsten Jahres macht, überlegt er sich reiflich, was er sich im nächsten Jahr leisten kann. So sollte es zumindest sein. Wenn ein Privathaushalt dann alle drei, vier Wochen über den Plan hinaus seine privaten Ausgaben erhöht, kann er in Schwierigkeiten kommen.

Deswegen halte ich für vernünftig, was hier vorgeschlagen wird. Der Stadtrat fällt seine grundsätzliche Entscheidung Ende Juli mit Ausnahme der Ausnahmefälle, die definiert sind. Ende Juli habe ich einen Überblick, was das Potenzial ist, das im laufenden Jahr ausgeweitet werden könnte, wenn ich 100 % der ausgesprochenen Empfehlungen folge. Mitte Juli kann ich Ihnen vonseiten der Kämmerei mit allen Vorbehalten auch die ersten Eckdaten für den Haushaltsplanentwurf des Jahres 2017 liefern. Der Stadtrat hat dann hinsichtlich der Finanzierung die Gesamtschau auf die Aus-

wirkungen auf das laufende Haushaltsjahr 2016 und den Überblick über die Auswirkungen auf das Haushaltsjahr 2017 und folgende, wenn er 100 % der Empfehlungen beschließen würde.

Im Regelfall wirken sich unterjährige Haushaltsausweitungen nicht nur im laufenden Haushaltsjahr finanziell aus, sondern auch in den nächsten und vielen weiteren Jahren. Das ist die Krux. Personalausstattungen, neue Stellen haben zum Beispiel im Regelfall Auswirkungen für die nächsten Jahrzehnte. Deswegen halte ich es für vernünftig, dass der Stadtrat Ende Juli seine grundlegende Richtungsentscheidung vor dem Hintergrund trifft, dass man hoffentlich annäherungsweise weiß, wie das Haushaltsjahr 2016 verlaufen wird und mit allen Vorbehalten die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2017 kennt.

Das Thema Tischvorlage ist ein kleines Missverständnis. Zwei Wochen vor dem Plenum Ende Juli werden Sie vonseiten der Stadtkämmerei selbstverständlich all die finanziellen Ausweitungen erhalten, die Sie bereits aufgrund dieses „Ausnahmeparagraphen“ von Januar bis Juni beschlossen haben, und die Summe der Empfehlungen, aufgegliedert in Gesamthaushalt und Teilhaushalte der Fachreferate. Als Tischvorlage bekommen Sie einzig und allein das, was in den Fachausschussberatungen im Juli an Finanzierungsentscheidungen bei vorberatenden Beschlüssen bzw. als Empfehlungen dazu kommt. Aus meiner Sicht ist es vernünftig, dass Sie Ende Juli de facto über den Nachtragshaushalt und über die Auswirkungen auf die folgenden Haushaltsjahre entscheiden. De jure wird über die Nachtragshaushaltssatzung wie in den vergangenen Jahren Mitte Oktober beschlossen werden.

Wie stark und intensiv Sie diese Ausnahmeklausel nutzen, hängt von Ihnen ab. Das ist allein Ihre Entscheidung. Ich kann nur darum bitten, dass Sie sich sehr genau überlegen, wie häufig und in welchem Ausmaß Sie zu dieser Ausnahmeklausel greifen. Wenn es die Regel werden würde, dann würde die Katze auf die selben Füße fallen.

Die Verschiebung der Haushaltseinbringungen schlage ich Ihnen deswegen vor, weil Kämmerei und Personal- und Organisationsreferat dadurch im Personalauszahlungsbereich die Möglichkeit haben, Ihnen einen möglichst aktuellen Stand der Haushaltsplanung des nächsten Jahres vorzulegen. Darum werden wir uns bemühen. Ich glaube, es ist gut, wenn der Stadtrat einen Haushaltsplanentwurf hat, der nicht auf dem beruht, was vor der Sommerpause an Anregungen, Anmeldungen und Planungen innerhalb der Stadtverwaltung gekommen ist, sondern der bei der Einbringung des Haushalts Mitte November sehr aktuell ist. Die Vorlage bekommen Sie Anfang November.

Der Oberbürgermeister, Chef der Verwaltung, hat dann zwei Mal die Möglichkeit, sehr intensive, freundschaftliche Gespräche mit den Fachreferaten zu führen - Ende Mai 2016 und Ende September/Anfang Oktober 2016 -, wo wir uns sehr kollegial und freundschaftlich über die Anmeldungen der Referate für das nächste Haushaltsjahr unterhalten werden. - (Zwischenruf von StBRin Prof. Dr. (I) Merk) - Nein, ich schaue alle Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank an, links wie rechts. Da gibt es bei allem Respekt keinen exklusiven Status für Frau Merk. - (Heiterkeit) - Wir werden die Gelegenheit nutzen. Es hat sich auch dieses Jahr bewährt, sich gemeinsam sehr intensiv anzuschauen, ob die Plananmeldungen für das nächste Jahr so hoch sein müssen, wie sie zunächst von den Fachreferaten kommen. Ende September/Anfang Oktober kann man auf die Ist-Daten der vergangenen Jahre zurückgreifen und Hochrechnungen für das vermutliche Ist des laufenden Jahres erstellen. Dem ist man dann schon sehr nahe. Es hat Vorteile für die Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs innerhalb der Verwaltung, und es hat für den Stadtrat den Vorteil, dass wir einen möglichst aktuellen Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr bekommen. Deswegen bitte ich Sie, dem Referentenantrag zu folgen. Vielen Dank!

OB Reiter:

Danke schön! Danke auch für die Werbung und die Beschäftigungstaktik für mich! - (Heiterkeit) - Aber mein Charme ist sprichwörtlich und legendär. Insoweit kommen wir schon miteinander zu Rande.

StRin Wolf:

Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerung des Herrn Kämmerers zu den Eckdaten hat mich animiert, mich noch mal zu melden. Wir hatten in früheren Jahren im Juli einen Eckdatenbeschluss zum Haushalt mit der Übersicht, was alles beschlossen wurde. Dann hat der Stadtrat gesagt, wir wollen nicht zweimal diese großen Grundsatzdiskussionen: im Juli und bei der Einbringung im Oktober. Wir schaffen den Eckdatenbeschluss wieder ab. Aber jetzt führen wir das mit der Übersicht im Juli auf Umwegen wieder ein. Der Herr Kämmerer spricht von Eckdaten. Mir scheint, die GroKo sucht verzweifelt nach Möglichkeiten, einen Haushalt zu beschließen, der sich unterjährig nicht mehr ändert. Ich entdecke neue Anhänger der Planhaushaltswirtschaft! Ich bin immer wieder überrascht! Wir haben uns davon abgewendet. Das Leben ist einfach bunter! - (Heiterkeit) - Danke!

OB Reiter:

Jetzt antwortet der Kämmerer. Frau Wolf, wenn Sie sich noch mal melden, würde ich bitten, dass Sie sich vielleicht im Weißwurstzimmer treffen! - (Heiterkeit)



StK Dr. Wolowicz:

Frau Wolf, ich verstehe, es macht Spaß, einen Popanz aufzubauen, um ihn dann anzugreifen. Ich habe zweimal wohl überlegt gesagt: Mit allem Vorbehalt kriegen Sie die Eckdaten des Haushalts 2017. Das haben Sie offenbar überhört. Es ist ein sehr vorläufiger Entwurf, Sie bekommen keine Details. Sie erhalten die 4 Felder-Grafiken, wie sie zu diesem frühen Zeitpunkt ausschauen, und wir werden den Herbst sehr intensiv nutzen, um grundlegend zu überarbeiten, was vor der Sommerpause an Anmeldungen von den Referaten kommt. Diese vorläufigen Informationen, die ich Ihnen im Juli gebe sind auch kein Beschluss des Stadtrates, sondern nur eine Information für den gesamten Stadtrat im Sinne der Transparenz: Wie würden die Eckdaten des Haushalts 2017 zu diesem frühen Zeitpunkt ausschauen? Sie werden sehen, der Haushalt, den ich Anfang November einbringen werde, wird sich in manchen Punkten davon grundlegend unterscheiden, weil es aktuellere Entwicklungen gibt und weil man näher dran ist am nächsten Jahr. Es ist nicht geplant - wie Sie es unterstellen -, zum alten Verfahren mit Eckdatenbeschluss des Stadtrates im Juli zurückzukehren.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt A 2:

Der Änderungsantrag von ALFA wird gegen die Stimmen von ALFA und BIA **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **beschlossen**.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt A 3:

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP und DIE LINKE. **beschlossen**.

**Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)**  
**Aufklärung zu den Vorwürfen über Missstände im Klinikum Harlaching**

Aktensammlung Seite 3205

OB Reiter:

Die Frage ist, wie wir vorgehen wollen. Ich würde vorschlagen, Herr Dr. Fischer trägt kurz vor, und Sie stellen danach Fragen. Ich denke, das wäre eine sinnvolle Vorgehensweise. Danke schön!

Herr Dr. Fischer (StKM, Vorsitzender der Geschäftsführung):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank, dass wir die Möglichkeit haben, hier zu den Vorwürfen der RTL-Sendung Stellung zu nehmen. Sie hat uns am 11.01.2016 kalt erwischt, nachdem wir so positiv ins neue Jahr gestartet sind. Wir hatten den Eindruck, dass es gerade in der zweiten Jahreshälfte ruhiger um das Klinikum geworden ist und die Schlagzeilen über uns deutlich positiver geworden sind.

Noch am Abend habe ich den Aufsichtsratsvorsitzenden über die Sendung informiert. Am nächsten Tag haben wir einen umfangreichen Krisenaufarbeitungsplan eingesetzt sowie die Journalisten und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert. Vor allen Dingen haben wir auch die betroffene Station besucht und mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort Gespräche geführt, was - glaube ich - sehr wichtig war. Das Klinikum und die Geschäftsführung hat sich also im Anschluss mit den Inhalten der Sendung detailliert auseinander gesetzt. Wir haben alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen indirekt oder direkt eingebunden und sind den Vorwürfen intensiv nachgegangen.

Wir wollen an der Stelle nichts schön reden. Wir nehmen die Inhalte sehr ernst und gehen jedem Kritikpunkt und jeder Beschwerde nach, um uns zu verbessern. Einen respektlosen und beleidigenden Umgang mit unseren Patientinnen und Patienten tolerieren und dulden wir nicht. Deswegen sind wir auch froh, dass die Mitarbeiterin, die sich diese verbale Entgleisung geleistet hat, schon seit einem halben Jahr nicht mehr in unserem Unternehmen ist, nachdem sie auch an anderer Stelle auffällig geworden ist.

Gleichzeitig distanzieren wir uns als städtisches Klinikum aber ausdrücklich von einer Pauschal-kritik. Das ist uns zu undifferenziert und spiegelt nicht die tägliche Realität der Versorgung in Harla-

ching wider. Auch wird es dem professionellen Pflegeverständnis und dem täglichen Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht gerecht. Wir haben in Harlaching wie in allen unseren Kliniken hervorragende, hoch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich tagtäglich für eine qualitativ hochwertige und sichere Patientenversorgung einsetzen. Auch in dem Film wird an einer Stelle erwähnt, dass die meisten Schwestern und Pfleger liebevoll und mitfühlend sind. So ist das auch bei uns, und davor stellen wir uns.

Es gibt deutschlandweit und gerade in München einen extremen Mangel an Pflegekräften, und es gibt systemisch bedingte Schwachstellen in der Finanzierung von Gesundheitswesen und Pflege. Wir wissen, dass das leider zu einer enormen Arbeitsbelastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt. Wir tun alles dafür, um vakante Stellen zu besetzen, was bei dem Markt schwer ist. Wir haben im letzten Jahr eine innovative Pflegekampagne gestartet und Prämien ausgelobt, wir versuchen, ausländische Pflegekräfte zu rekrutieren und Wohnraum für sie zu bekommen. Wenn es gerade bei Krankheitswellen - wirklich zu Engpässen kommt, werden wir auch Betten sperren. Das haben wir in der Vergangenheit gemacht, um so für eine Entlastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sorgen.

Wir sind der Meinung, dass diese Situation nichts mit der Sanierung zu tun hat. Wir werden bis zum Jahr 2022 ca. 24 % der Betten abbauen, aber lediglich 8 % der Pflegekräfte, das heißt, wir werden proportional mehr Pflegekräfte je Bett haben. In den Jahren 2014 und 2015 haben wir versucht, jede freie Pflegestelle nach zu besetzen.

Wir als Geschäftsführung und als Klinikum müssen uns noch mehr die Frage stellen, wie wir mit diesen Rahmenbedingungen in Zukunft umgehen und was wir verbessern können, damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen sehr anspruchsvollen Beruf zu Ihrer Zufriedenheit ausüben können. Zunächst einmal steckt die Stadt München ca. eine dreiviertel Milliarde Euro in das Unternehmen, und wir müssen unsere Strukturen, unsere baulichen Gegebenheiten und unsere Prozesse verbessern. Das tun wir. Im letzten Jahr haben wir zwei Pflegekräfte eingesetzt, die ein Personalentwicklungskonzept für unsere Pflege entwickeln werden, damit es in der täglichen Arbeit in Zukunft zu einer Entlastung kommt. Außerdem überprüfen wir derzeit die Angebote unserer Akademie im Sinne eines Coachings bzw. eines Konfliktmanagements zur Unterstützung unserer Pflegekräfte. Wir wollen auch weitere Möglichkeiten der Gesundheitsförderung entwickeln und prüfen im Moment die Einrichtung einer externen Unterstützung zum Thema Supervision bzw. Mediation, an die sich unsere Pflegekräfte und auch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenden können, wenn sie das Gefühl haben, überlastet zu sein.

Viele dieser auftretenden Überlastungsreaktionen haben meines Erachtens noch andere Ursachen. Da geht es um das Thema Kommunikation im Unternehmen, wir müssen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mehr in den Prozess einbinden. Es geht auch um das Thema Wertschätzung und Empathie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber und um eine neue Kultur der Zusammenarbeit. Das gilt für alle Führungskräfte. Wir haben viele Instrumente, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen können, um auf Missstände hinzuweisen, z. B. die CIRS-Meldung, das Beschwerdemanagement oder Überlastungsanzeigen. Wir werden diese Instrumente in Bezug auf die letzten zwei Jahren analysieren. Grundsätzlich wirken sie nur, wenn wir Dinge auch umsetzen, wenn wir Maßnahmen einleiten, die spürbar sind und ankommen. Das ist eine der wichtigen Aufgaben der nächsten Monate.

Diese Situation von vor drei Wochen hat uns wirklich weh getan und war auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil demotivierend. Wir werden sie jetzt eher als Chance nutzen, um die angesprochenen Punkte voran zu treiben, kritische Prozesse zu hinterfragen und uns zu verbessern. Entscheidend wird sein, dass wir Dinge auch umsetzen.

Es geht im Städtischen Klinikum nicht um die Maxime einer Gewinnoptimierung. Das wissen wir auch. Wir sind kein privat geführtes Unternehmen. Es geht bei uns immer noch um unsere Menschen und Patienten und deren Gesundheit. Diese Rolle als Gesundheitspartner werden wir auch weiterhin höchst verantwortlich wahrnehmen. Jetzt stehe ich Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung. - (Beifall)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Fischer! Ich weiß nicht, ob es Fragen sind, aber ich wollte auf jeden Fall etwas dazu sagen. - (OB Reiter: Up to you!) - Ich finde es gut, dass Sie die Brisanz erkannt haben und möglichst aktiv mit den gezeigten Missständen umgehen. Es ist auch richtig, dass Sie das über die Öffentlichkeit kommuniziert haben. Das Klinikum Harlaching war nicht das einzig betroffene Krankenhaus. Ich vermute, es gibt in allen Kliniken viele Stationen, wo es zu solchen Vorfällen kommen kann und kommen wird, je nach Überlastung der dortigen Ärzte und Pflegenden und je nach Krankheits- und Belegungsquote.

Ein bisschen irritiert hat mich aber der Umgang mit der Mitarbeiterin. Sie sagen, Sie sind froh, dass sie seit einem halben Jahr nicht mehr bei Ihnen ist. Damit ist der Betroffenen nicht geholfen. Ich vermute stark, dass das nicht von Anfang an eine Person ist, die gern auf anderen Leuten rumhackt, sondern dass sie aus der Überlastung heraus entsprechend falsch reagiert hat. - (Unruhe) -

Ich habe es nicht gesehen, weil ich RTL nicht gucke! Das muss ich zugeben. - (Heiterkeit) - Aber ich habe wahrscheinlich auch nichts verpasst! Sie sagen, Sie sind froh, dass sie von sich aus gegangen ist. Angesichts des Pflegenotstands kann man vermuten, dass sie jetzt woanders tätig ist. Eigentlich müsste man der Person helfen und nicht froh sein, dass sie gegangen ist. Aber das ist vielleicht nicht Ihr Job, das mag sein.

Was mir mehr Sorgen macht: Sie sagen, das hat mit der Sanierung usw. nichts zu tun. Aber ich glaube schon, dass der in der StKM GmbH offensichtliche Pflegenotstand mit Sicherheit nicht hilfreich sein wird, um die Situation zu verbessern - wenn man allein die Zahl der in der Pflege beschäftigten Leiharbeitenden betrachtet und offene Stellen nicht besetzt werden können, angesichts der anstehenden Verhandlungen. Ich sage nur: Sanierungstarifvertrag. Ich glaube, wir sind mit unseren Sanierungsvorgaben an die StKM GmbH, wo wirklich vieles auf den Personalbereich durchschlägt, einfach auf dem falschen Weg. Es ist tatsächlich eine Aufgabe des Stadtrates, noch einmal umzusteuern. Es wurde an verschiedenen Stellschrauben schon gedreht. Jetzt soll es Verhandlungen über einen Sanierungstarifvertrag geben. Das würde heißen, dass die Leute weniger Geld bekommen. Die Gefahr, dass noch mehr gehen oder nicht kommen, ist gerade beim Pflegebereich groß. Auch das ist eine Möglichkeit. Wie sehen Sie das? Können Sie dazu etwas sagen? Wie schätzen Sie die Mitarbeiterbindung gerade in dieser Umbruchsituation ein? Das ist einer der zentralen Punkte.

OB Reiter:

Liebe Frau Wolf, Sie haben offenbar nicht ganz richtig zugehört. Herr Dr. Fischer hat gerade ausgeführt, dass er bei der Pflege eigentlich das Gegenteil tun will, nicht sparen, sondern die StKM GmbH wird künftig mehr Personal pro Bett haben als bisher. - (StRin Wolf: Er möchte! Aber es gelingt ja nicht!) - Doch, es wird gelingen. Außerdem reden wir über einen Restrukturierungsplan. Wenn Sie diesen kritisieren wollen, müssten Sie einen Gegenvorschlag machen. Der Gegenvorschlag heißt: Wir stellen so viel Pflegepersonal ein wie möglich. Da frage ich mich, wo die Logik ist. Liebe Frau Kollegin, manchmal muss man auch Fakten akzeptieren.

StR Dr. Theiss:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion betonen, dass wir voll hinter dem Personal der städtischen Kliniken ste-

hen, vor allen Dingen hinter dem Pflegepersonal, und zwar an allen Standorten. - (Beifall der CSU) - Sie machen tagtäglich einen hervorragenden Job, sie strengen sich an, bringen ihre Fachkompetenz ein und sind ohne Zweifel eine Stütze der städtischen Kliniken, aber auch der medizinischen Versorgung in München. Das muss man herausstellen.

Trotzdem ist uns auch wichtig, dass jedem Verdacht eines Missstandes, egal von wem, in welcher Form und wann er geäußert wird, auch nachgegangen wird. Aus unserer Sicht haben die Verantwortlichen - ich meine die Geschäftsführung - schnell und gründlich reagiert. Wir hatten eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung und wurden direkt informiert. Die heutige Sitzungsvorlage zeigt, dass jedem Vorwurf und Verdacht gründlich nachgegangen wurde. Aber so unerfreulich und unentschuldigbar einzelne Entgleisungen gewesen sein mögen, dürfen wir uns insgesamt doch nicht täuschen lassen. Liebe Frau Wolf, gerade Sie meine ich. Die Sanierung der städtischen Kliniken ist unabdingbar. Sie ist auch alternativlos. Darüber haben wir oft genug debattiert. Diesen Weg müssen wir gemeinsam weitergehen. Es hilft nichts. Wir haben essenzielle Schnitte und auch Einschnitte beschlossen, die unter Umständen hart sind. Aber letzten Endes müssen wir diese vornehmen, um die städtischen Kliniken fit und modern für die Zukunft zu machen.

Wie Herr Dr. Fischer und der Oberbürgermeister möchte auch ich betonen, dass wir nicht an der Pflege sparen. Die Pflegestellen werden unterproportional zu den Betten abgebaut, sodass wir am Schluss mehr Pflegende pro Bett haben werden. Trotzdem ist der Hinweis richtig, dass der medizinische Wettbewerb in München hart ist. Es ist generell schwierig, Pflegekräfte zu bekommen. Hier müssen wir weitere Schritte gehen. Gerade wir als CSU haben dieses Thema immer wieder aufgegriffen, betont und auch wichtige Anträge eingebracht. Ich darf Sie an zwei erinnern: Wir haben einen Antrag eingebracht vor dem Hintergrund, dass der Pflegeberuf auch in einer teuren Stadt wie München attraktiv bleiben muss. Wir haben hohe Lebenshaltungskosten, und so setzen wir uns stark dafür ein, dass wir beispielsweise städtisch geförderten Wohnraum für Pflegekräfte zur Verfügung stellen.

Einen zweiten Punkt möchte ich exemplarisch herausgreifen: Wir haben den Runden Tisch "Pflege" beantragt. Er soll im RGU angesiedelt sein und klinikübergreifend in München analysieren und Strukturen schaffen, damit wir über die städtischen Grenzen hinaus wieder mehr Pflegende nach München ziehen können, um dem drohenden Pflegenotstand entgegenzutreten. Abschließend möchte ich festhalten, dass wir klar eine Unternehmenskultur begrüßen, die Vorwürfen nachgeht, Vorwürfe von Missständen aufgreift, analysiert und abstellt. Wir betonen aber auch ganz klar: Dass wir den begonnenen Weg der Sanierung fortsetzen müssen, ist alternativlos. Wir betonen auch,

dass wir parallel dazu zur Bekämpfung des Pflegenotstands alle möglichen Maßnahmen ergreifen müssen, um Pflegekräfte nach München zu bekommen.

Danke. - (Beifall der CSU)

StRin Dietrich:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei Herrn Dr. Fischer für die deutlichen und klaren Worte bedanken. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie und die ganze Geschäftsführung sich schützend vor die Pflege stellen. Das begrüßen wir sehr. Wir unterstützen Sie in vollem Umfang. Was mich an diesen Anträgen gestört hat, ist die Wortwahl, die ich eigentlich nur als schäbig bezeichnen kann. Es wurden Vorwürfe gegenüber einer ganzen Berufsgruppe erhoben, die man so nicht stehen lassen kann. Brigitte Wolf, damit meine ich nicht Dich. Aber aufgrund Deines Beitrages habe ich mich gemeldet, weil Du mit sehr vielen Spekulationen gegenüber dieser Mitarbeiterin und allen möglichen Tarifverträgen, die eventuell kommen, spekulierst. Du stellst Behauptungen auf und sagst, dass der Sanierungsprozess in direktem Verhältnis zum Pflegenotstand steht. Das ist so nicht richtig.

Richtig ist - Herr Dr. Fischer hat es gesagt -, dass man diese verbalen Entgleisungen und Vorwürfe nicht auf sich beruhen lassen darf. Das ist auch aufgeklärt und bearbeitet worden. Richtig ist, dass die Sanierung natürlich eine Belastung ist, insbesondere für die Pflegekräfte. Aber den Pflegenotstand haben wir nicht nur in der StKM GmbH, sondern in ganz München und weit darüber hinaus. Das ist ein Zustand, den bundesweit viele Kliniken beklagen, nicht nur die StKM GmbH. Darüber musste man sich nicht erst seit gestern und heute Gedanken machen. Eigentlich müsste man sich schon seit Jahren Gedanken machen, um endlich sinnvolle Maßnahmen ergreifen und diesem Pflegenotstand entgegenwirken zu können. Ich finde den Runden Tisch toll. Aber der Runde Tisch allein wird auch nicht dazu führen, dass Pflegekräfte vom Himmel fallen.

Wir haben schon seit vielen Jahren immer wieder die Erarbeitung eines Konzeptes gefordert, wie Arbeitsprozesse auch auf den Stationen verbessert werden, gerade für Pflegekräfte. Da ist mit Sicherheit noch das eine oder andere möglich. Das wird jetzt gemacht. Das ist gut und wichtig. Was den Pflegenotstand anbelangt, müssen wir auch an anderen Schrauben drehen. Aber das können wir hier in München nicht. Ich kann es gerne wiederholen: Es geht auch um die Frage, wie wir die Pflegekräfte bezahlen. An dieser Diskussion führt kein Weg vorbei. Klar ist auch: An der Sanierung führt kein Weg vorbei. Das wissen wir hoffentlich alle.

Einen kleinen kritischen Punkt möchte ich noch erwähnen: Es darf eigentlich nicht sein, dass nach einer Fernsehsendung ein solcher Bericht über Vorfälle und Vorwürfe erfolgt. Da ist wirklich das Thema Krisenmanagement gefragt. Aber auch da stellen Sie in der sehr guten Vorlage Maßnahmen vor, die ich für sehr vernünftig und zielführend halte. Von daher noch einmal vielen Dank für die Vorlage und für das Engagement. Damit sollten wir es bei diesem Thema bewenden lassen.

Danke. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Lischka:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehrfach betont worden, dass der offene und transparente Umgang der Geschäftsführung der StKM GmbH mit den Vorwürfen der richtige Weg ist. Dem schließen auch wir uns eindeutig an. Jedoch wird dieser Weg noch etwas länger dauern, bis auch ein Kulturwandel in unseren Kliniken dementsprechend tief-schürfend angekommen ist. Eine Überlastungsanzeige eines Mitarbeiters ist eigentlich ein Hilferuf um Unterstützung, damit Mängel beseitigt werden, aber keine Kritik an irgendeinem System. Ich halte es auch für dringend notwendig, dass vor allem mit Überlastungsanzeigen sehr schnell und konsequent umgegangen wird. Analysen der Überlastungsanzeigen der Jahre 2014 und 2015 verändern nicht die jetzige Situation. Darum ist es dringend notwendig, dass der Prozess in der Schnelligkeit und im Umgang mit Überlastungsanzeigen dringend überarbeitet wird. Da hören wir die ersten Vorschläge.

Ich glaube, man muss akzeptieren, dass man einen gewissen Anteil an Leiharbeit braucht, um im Moment nicht besetzte Pflegestellen so zu besetzen und damit ein Mindestmaß an Pflege in gewissen Bereichen sicherzustellen. Es gibt dazu eine klare Aussage der Klinikleitung, dass Pflegekräfte nach wie vor Stammbeschäftigte bleiben. Aber wenn wir im Moment keine haben und agieren müssen, wird man auch kurzfristig über das Thema Leiharbeit gewisse Brücken bauen.

Es ist mehrfach angedeutet worden, dass der Sanierungsprozess am Schluss zu mehr Pflegekräften pro Bett führt. Ich bitte darum, dass wir das alle verinnerlichen. Man sollte aus meiner Sicht Sanierungstarifverträgen nie vorgeifen. Ich glaube, entscheidend wird ein Ergebnis sein. Dieses kann doch sein, dass über einen Sanierungstarifvertrag am Schluss die Pflegekräfte gestärkt sind, nämlich in der Bezahlung, in der Schlüsselzuweisung und in der Motivation. Ich persönlich habe schon Vertrauen zu den beiden Parteien - zu der Tarifvertragspartei, in dem Fall ver.di, aber auch zur Geschäftsführung der StKM GmbH. Heute sollte es nicht schon wieder Unkenrufe geben, was am Schluss Schlimmes herauskommt. Jede Art von Journalismus, die uns voranbringt, die Situati-



on der Pflege zu verbessern, ist in Ordnung. Jetzt hat es das Städtische Klinikum in Harlaching getroffen. Ich gehe davon aus, dass man diesen Bericht in mindestens 50 anderen Kliniken in München auch hätte aufnehmen können.

Danke. - (Beifall der SPD)

StR Dr. Assal:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal zwei Feststellungen: Erstens ist das Klinikum München in besten Händen. Es war in guten Händen in der Zeit, als es noch keine GmbH war. Das lag daran, dass für das Ärztliche die Referenten zuständig waren - damals der 2. Bürgermeister, Herr Dr. Steinkohl und Herr Dr. Zimmermann. Danach ging es den Berg hinab. Jetzt haben wir Gott sei Dank wieder einen Arzt, der Chef des Klinikums ist.

Zum Pflegenotstand: Es ist nicht unbedingt die Pflege am Bett. Dort gibt es natürlich auch Dinge, die nicht sein dürften. Pflege braucht man beispielsweise nicht mehr, wenn man Stationen schließt. Wir haben jetzt die 5 E, und wir werden die 3 A von den Neurochirurgen schließen, weil sie nach Bogenhausen gehen. Insofern ist der Bedarf geringer. Herr Dr. Fischer hat das schon ausgeführt.

Es fehlt in der Intensivpflege, im OP, bei den Anästhesisten. Diese sind gefragt und überall Mangelware. Sie werden keine Lohneinschränkung akzeptieren, wenn sie woanders gefragt sind. Deshalb wäre meine Idee, den Bereich Anästhesie aus diesem Sanierungstarif herauszunehmen. Ich selber würde als Mitarbeiter auf mehr verzichten, wenn ich als Chirurg öfter operieren könnte. Leider können wir nicht mehr so viel operieren, weil wir z. B. bei Prothesenersatz, hauptsächlich bei Hüftgelenken, immer im Hinterkopf haben müssen, dass wir Intensivbetten brauchen, wenn möglicherweise ein großer Blutverlust eintritt und die Patienten relativ alt sind. Alte Menschen sollten aber schnell operiert werden. Je länger sie im Krankenhaus liegen, umso kränker werden sie, und es droht eine Lungenentzündung. Das ist aber nicht möglich, weil sie aus dem OP-Plan herausfallen, wenn ein Schwerverletzter kommt. Dieser wird primär versorgt. Aber auch das gelingt nicht mehr, weil alle Kliniken das gleiche Problem haben.

Die Zeit, wo man ganz München nicht versorgen kann, kann man an IVENA ablesen. Da stellt jede Klinik auf Rot. Dann ist ganz München rot. Das bedeutet natürlich eine Verschlechterung der Versorgung, insbesondere der Patienten in München. Wir sind aber auch für die ganze Region 14 zuständig. Auch hier werden die Wege weiter, selbst wenn wir Hubschrauber einsetzen können. Das ist unser Problem, das wir in der Klinik haben, wo die Patientenversorgung, was ältere Menschen

anbelangt, schlecht ist, weil sie regelrecht vom OP-Plan fallen. Es geht nicht, dass man die Leute eine Woche liegen lässt, sie auf die Intensivstation kommen, weil sie immer instabiler werden und dann möglicherweise versterben, was auch schon passiert ist. Das ist das Problem, und daran sollte man arbeiten. - (Vereinzelt Beifall)

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt bekanntermaßen wichtige Grundpfeiler für eine Großstadt, die funktionieren müssen: Sicherheit, Wohnraum und Gesundheitsversorgung. Wir reden über die Gesundheitsversorgung. Aber was ich bisher gehört habe, waren im Prinzip lediglich Schaufensterreden. Ich mache jetzt das, was schon vor zehn Minuten hätte gemacht werden müssen, und frage Herrn Dr. Fischer, der die Probleme in seinem Haus bzw. die Maßnahmen, die er ergreifen will, geschildert hat. Die Frage lautet: Wie kann der Stadtrat helfen? Können wir überhaupt helfen und, wenn ja, wie? Vielen Dank. - (StR Reissl: Wenn das Schaufensterreden waren, war das jetzt eine Schaufensterfrage! - Heiterkeit)

StR Richter:

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Fischer hat sehr viel Richtiges in seinen Vorbemerkungen ausgeführt. Mir ist insbesondere in Erinnerung geblieben, dass er auf die auch in der Fernsehsendung kritisierten Umstände als Folgen der Umstrukturierung und der Personalüberlastung aufmerksam gemacht hat. Ein Aspekt ist besonders zu unterstreichen: Herr Dr. Fischer hat auf den beleidigenden Umgang durch Personal mit Patienten aufmerksam gemacht. Was an verschiedenen Münchener Kliniken auch ein Thema ist, aber nicht so sehr in der öffentlichen Aufmerksamkeit ist, ist der beleidigende Umgang mit Personal.

Wir haben hier den Antrag „Pöbeln statt pflegen“. Ich kann zu diesem Thema auch etwas beitragen. Es kursiert schon seit geraumer Zeit dieser Bericht im Internet. Er wurde auch im tschechischen Fernsehen gezeigt. Eine tschechische Anästhesistin ist offensichtlich aus Gründen des Personalnotstands in München an ein Münchner Klinikum gegangen und hat dort im Sommer/Herbst letzten Jahres unglaubliche Dinge erlebt und diese in ihrem Bericht zu Protokoll gegeben. Das gehört genau zu diesem Thema „Pöbeln statt pflegen“.

Die tschechische Ärztin hat insbesondere an ihrem Arbeitsplatz kaum glaubliche, katastrophale zwischenmenschliche Begebenheiten gehabt in der Auseinandersetzung, in der Begegnung mit Patienten, mit Hilfesuchenden aus zum Teil exotischen und kulturfernen Ländern. Das ist im letzten Sommer/Herbst verstärkt im Gefolge der Massenzuwanderung nach München der Fall gewesen.

Das gehört unmittelbar in den Kontext „Pöbeln statt pflegen“. Nachdem es Münchner Kliniken betrifft, gehört das Thema auch in den Münchner Stadtrat. Diese Anästhesistin hat u. a. berichtet:

*"Viele Muslime lehnen die Behandlung durch weibliche Angestellte ab." - (Dieser Bericht ist im Oktober 2015 veröffentlicht worden.) - Seit dem vergangenen Wochenende müssen Migranten von der Polizei mit Diensthunden in die Krankenhäuser begleitet werden. Viele Migranten haben Aids, Syphilis und viele exotische Krankheiten, die wir in Europa nicht zu behandeln wissen. Wenn sie ein Rezept erhalten, erfahren sie in der Apotheke, dass sie für die Medikamente bezahlen müssen. Dies führt zu Ausbrüchen, insbesondere, wenn es sich um Medikamente für Kinder handelt. So bewacht die Polizei nun mittlerweile nicht nur Kliniken und Krankenhäuser, sondern auch größere Apotheken."*

Ich habe diesen Bericht der Anästhesistin gestern zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, bin aber im Lichte meiner Erfahrungen mit der Stadtverwaltung nicht allzu optimistisch, dass sich die Stadt besonders auskunftsfreudig zeigt. Aber nachdem wir Herrn Dr. Fischer schon im Raum haben, kann er oder vielleicht auch die Gesundheitsreferentin zu dem Thema "Übelstände an Münchner Kliniken" etwas sagen. Ich denke, wenn wir von Überlastungserscheinungen und von Problemen mit dem Personal sprechen, insbesondere unter der Überschrift „Pöbeln statt pflegen“, hat die Öffentlichkeit ein Anrecht, über die Zustände in Münchner Krankenhäusern Genaueres zu erfahren. Herzlichen Dank.

Herr Dr. Fischer:

Ich möchte nicht mehr so viel sagen und habe eigentlich nur zwei Fragen bekommen. Frau Wolf, natürlich ist das Thema Mitarbeiterbindung in unserer Situation extrem relevant. Alle die vorhin von mir geschilderten Maßnahmen müssen wir umsetzen und angehen. Ich bin mir sicher, dass wir dann in der Situation unsere Mitarbeiter binden können. Zur Frage, was der Stadtrat machen kann: Solange wir sachlich diskutieren - und das machen wir größtenteils -, ist uns geholfen. Wir haben ein Konzept beschlossen. Wenn wir an dem festhalten und die Unterstützung bekommen, auch die finanzielle, ist uns auch geholfen. Am meisten ist uns geholfen, wenn es relativ ruhig ist und wir überhaupt nicht über uns reden. Dann können wir in Ruhe weiterarbeiten. Deshalb nehmen wir weiterhin die Verantwortung in der Stadt wahr, für alle Menschen eine adäquate Gesundheitsversorgung vorzuhalten.

Danke. - (Beifall)

OB Reiter:

Ich darf mich bei Herrn Dr. Fischer für die klärenden Worte bedanken. Es gab eine Aufsichtsratssitzung, die sehr einvernehmlich mit den Vertretern der Arbeitnehmer verlief. Wir alle wollen diese Bilder nicht haben und müssen deshalb daran arbeiten, um sie künftig zu vermeiden. Ich habe ein hohes Vertrauen in die Geschäftsführung der StKM GmbH, dass ihr das gelingt.

**Beschluss:**

Nach Antrag

**Erlass einer Erhaltungssatzung im Stadtbezirk 07  
Sendling – Westpark  
Satzungsbeschluss Erhaltungssatzung**

Aktensammlung Seite 3209

OB Reiter:

Herr Keller, der Bezirksausschussvorsitzende, hat um Rederecht gebeten. Dieses wird ihm erteilt.

Herr Keller:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Vielen Dank, dass ich hier den Standpunkt des Bezirksausschusses Sendling-Westpark darlegen kann. Der BA Sendling-Westpark hatte Mitte 2014 den Antrag gestellt zu prüfen, ob im Umfeld des im Bau befindlichen Luise-Kiesselbach-Tunnels eine Erhaltungssatzung ausgewiesen werden könnte. Der Stadtrat hat das Planungsreferat Mitte 2014 mit dieser Untersuchung beauftragt. Dem Bezirksausschuss wurde im Herbst 2015 ein Beschluss vorgelegt. Um noch offene Fragen zu klären, hatten wir mehrere Unterausschusssitzungen und auch eine Sondersitzung einberufen, zu denen auch Vertreter der Referate gekommen sind und Fragen beantwortet haben.

Unter anderem war bei uns auch ein Vertreter der GEWOFAG. Die GEWOFAG hat bereits Wohnungen in einem Erhaltungssatzungsgebiet. Der Vertreter der GEWOFAG hatte uns dargelegt, dass es in ihrem Umfeld keinerlei Probleme mit Bauanträgen gibt, diese zügig bearbeitet werden und es keine Behinderungen gibt. Die Frage war, ob es sinnvoll ist, dass Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in einem Erhaltungssatzungsgebiet sind.

Letztendlich hat der Bezirksausschuss spät im Jahr 2015 mehrheitlich beschlossen, diese Erhaltungssatzung zu begrüßen, auch mit dem dort beschriebenen Umfeld des Satzungsgebiets. Unser Stadtbezirk ist sehr froh, dass wir jetzt den Luise-Kiesselbach-Tunnel haben, der zu einer drastischen Verkehrsberuhigung geführt hat. Wir müssen aber auch im Stadtviertel dafür sorgen, dass das nicht zu einer Luxussanierung führt. Deshalb brauchen wir diese Erhaltungssatzung dringend und schnell. Wenn man begänne, den Umkreis dieses Erhaltungssatzungsgebiets zu optimieren - es sind bestimmt noch Dinge möglich - und anfinde, das noch einmal zu verschieben, hätten wir

genau unser Ziel verfehlt, schnell eine Erhaltungssatzung im Umfeld des Luise-Kiesselbach-Tunnels zu bekommen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Beschluss heute so zu verabschieden.

Vielen Dank. - (Beifall der SPD)

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

StR Zöller:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Vorweg eines: Wir sind nicht - mehr - gegen Erhaltungssatzungen. Wir haben den Erhaltungssatzungen der letzten Jahre immer zugestimmt. Auch in den Bezirksausschüssen gibt es fast nur einstimmige Beschlüsse pro Erhaltungssatzung, d. h. mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CSU. Nun zum Grund, warum wir heute diese Beschlussvorlage mit einem Änderungsantrag zur Diskussion und zur Abstimmung stellen.

- (Zurufe: Uns liegt kein Änderungsantrag vor!) - Er wird gerade verteilt. Keine Sorge, Kollege Am-long, Du wirst ausreichend bedient! - (Heiterkeit)

Wir haben eine Situation, die wir in dieser Form bisher nicht feststellen konnten: Der Umgriff dieser Erhaltungssatzung wurde so gewählt, dass neben den Wohnungen der GWG - darüber kann man noch diskutieren - eine Reihe von Ein- und Zweifamilienhäusern, die von Eigentümern bewohnt werden, mit umfasst wird. Ich bedaure sehr - diese Kritik muss ich jetzt an das Planungsreferat richten -, dass in der Beschlussvorlage nur in einem Nebensatz über diese Tatsache berichtet wird. Wir verdanken es unseren engagierten Mitgliedern im Bezirksausschuss, dass sie auf diese Problematik hingewiesen haben. Die Problematik besteht also darin, dass Eigentümer in Ein- und Zweifamilienhäusern künftig, wenn sie irgendwelche Umbauten vornehmen möchten, die nach dem Folterinstrument der Erhaltungssatzung genehmigungspflichtig sind - wohlgemerkt nicht LBK-Genehmigungen, die in bestimmten Fällen immer notwendig sind, sondern auch Umbauten, die an sich nicht genehmigungspflichtig sind -, vom Sozialreferat genehmigt werden müssen.

Es ist völliger Unsinn, dass ein Eigentümer, der in seinem Haus etwas verändern oder umbauen will, eine Genehmigung einholen muss. Auf den Sinn der Erhaltungssatzung muss immer wieder hingewiesen werden, weil das immer vergessen wird. Das Ziel ist doch, zu verhindern, dass sogenannte Aufwertungspotenziale genützt werden, um Mieter zu vertreiben. Man fürchtet dabei also einen Verdrängungseffekt. Einen derartigen Verdrängungseffekt bei Eigentümern von Ein- und Zweifamilienhäusern anzunehmen, ist schlicht absurd. Wir haben das Thema auch in der letzten

HALei behandelt. Dort wurde uns gesagt, man sehe zwar die Problematik, sei aber nicht zu Änderungen bereit. Man wollte also diese Objekte nicht aus dem Umgriff der Satzung herausnehmen, weil dann sozusagen ein „Schweizer Käse“ entstünde - ein Emmentaler mit Löchern. Das ist eine ziemlich absurde Begründung.

Erstens sind Emmentaler sehr bekömmlich. Diese Regelungen für die Ein- und Zweifamilienhausgebiete sind dagegen höchst unbekömmlich. Dann wurde uns gesagt, man sehe das schon, aber ... Frau Kollegin Meier, folgender Ausdruck hat mich sehr amüsiert: Das Sozialreferat habe zugesichert, dass diese an sich völlig überflüssigen Anträge von Eigentümern von Ein- und Zweifamilienhäusern auf „schlankem Verwaltungswege“ behandelt würden. - (Bfm. StRin Meier: Schnell heißt das!) - Den „schlanken Verwaltungsweg“ des Sozialreferates kann ich nicht beurteilen. Ich bin nicht im Sozialausschuss, aber den „schlanken Verwaltungsweg“ finde ich deswegen überflüssig, weil er einfach überflüssig ist. - (Beifall von CSU und Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung) - Deswegen bitten wir doch, Vernunft walten zu lassen. Wir bitten darum und würden sofort zustimmen, die Verwaltungssatzung so zu beschließen, dass diese Häuser herausgenommen werden. Sie haben dort nichts zu suchen. Ein Eigentümer verdrängt sich in der Regel nicht selbst. - (StR: Altmann: Außer bei Erbengemeinschaften!) - Das ist etwas anderes und liegt nicht im Fokus der Erhaltungssatzung. Diesen kleinen Verwaltungsaufwand, um den „Schweizer Käse“ herzustellen, bitten wir doch noch zu unternehmen.

Ein anderer Punkt sind die Wohnungen der GWG. Der Vertreter der GEWOFAG hat gesagt, ihnen machten diese Genehmigungen kein Problem. Die GEWOFAG hat auch genug Personal. Die Angelegenheit muss aber auch im Sozialreferat behandelt werden, wahrscheinlich auch auf „schlankem Verwaltungswege“. Wenn wir die GWG-Wohnungen hereinnehmen, geben wir nach außen ein Zeichen, dass wir befürchten, städtische Wohnungen seien von einem hohen Verdrängungspotenzial betroffen. Denn im Grunde sind es städtische Wohnungen. Das trifft aber nicht zu. Wir wären dumm, wenn wir unsere eigenen Wohnungen so behandeln würden, dass die Ziele der Erhaltungssatzung nicht erreicht werden können. Wir bitten daher, auch die GWG-Wohnungen herauszunehmen.

Unser Änderungsantrag lautet daher wie folgt:

*„Die Erhaltungssatzung Sendling-Westpark wird in nachstehender Fassung (Seite 13 und 15) mit der Maßgabe beschlossen, dass die Ein- und Zweifamilien- und Reihenhäuser und die Wohnungen der GWG nicht betroffen sind.“*

Dazu genügt ein klarstellender Satz in der Satzung. Kollege Dr. Mattar hat das schon einmal zu Recht beantragt. Deswegen müssen Sie den Umgriff gar nicht ändern. Sie müssen also den „Schweizer Käse“ nicht herstellen. Wenn man das in der Satzung klarstellt, sind alle zufrieden. Niemand muss befürchten, schikaniert zu werden. Ich weiß nicht, warum so ein klarstellender Satz ... Es wäre keine weitere Zeitverzögerung zu befürchten. Der Umgriff müsste rein zeichnerisch nicht geändert werden. Dieser Satz könnte einfach alle beruhigen, die eigentlich vom Sinn der Erhaltungssatzung nicht betroffen sind. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Amlong:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir inzwischen im Haus einen großen Grundkonsens haben. Erhaltungssatzungen sind das richtige Instrument, um in München auch für Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen eine Wohnung zu erhalten und sie zu schützen. Es ist ein wichtiges Signal des Stadtrats, hier einen breiten Konsens zu haben. Das möchte ich vorausschicken.

Zu den Ausführungen von Kollege Zöllner: Sie stützen sich darauf, im geplanten Erhaltungssatzungsgebiet in Sendling-Westpark zwei Bereiche herauszunehmen: zum einen ein Gebiet mit einer Reihenhausbauung und zum anderen ein Gebiet mit GWG-Bebauung. Walter, wenn Deine Ausführungen tatsächlich korrekt wären, würde ich mich ihnen in vollem Umfang anschließen. Das ist aber leider nicht so. Warum ist es nicht zutreffend? Weil ein Gebiet, für das eine Erhaltungssatzung aufzustellen ist, zunächst einmal nach Baugesetzbuch und damit nach städtebaulichen Aspekten auszuwählen ist. Die Frage, wer dort Eigentümer ist, stellt das Baugesetzbuch gar nicht. Man wählt ein Gebiet vielmehr nach einem städtebaulichen Grundzusammenhang aus. Von daher können wir diesen Punkt bei der Gebietsauswahl zunächst einmal gar nicht berücksichtigen. Ich würde dennoch zugestehen, in einem Folgeschritt zu überlegen, aus städtebaulichen Erwägungen heraus dieses Gebiet anders festzulegen. Voraussetzung ist, dass wir im vorliegenden Fall keine konkrete Gefahr sehen, weil es ein Gebiet ist, in dem hauptsächlich Eigentümer wohnen.

Ich habe die Zeit seit vergangenem Donnerstag genützt, als das Thema in der HALEI vorgestellt wurde. Auch da haben wir das Problem nicht. Sieht man in das Vollzugsblatt des Sozialreferates, liest man dort, eine Genehmigungspflicht bestehe nur, wenn es sich um eine vermietete oder um eine leerstehende Wohnung handle. Bei diesem konstruierten Anwendungsfall hätte ich noch ein gewisses Verständnis. Warum sollte denn ein Eigentümer einen Antrag stellen müssen? Das hat doch nichts mit Mieterschutz zu tun, wenn ein Eigentümer selbst in seinem Haus wohnt. Dieses Problem stellt sich hier gar nicht. - (StR Zöllner: Was hat das mit dem schlanken Verwaltungsvollzug



zu tun?) - Ich kann die Frage nicht beantworten, was das mit einem schlanken Verwaltungsweg zu tun hat. Wenn es so ist, wie es im Informationsblatt des Sozialreferates steht - und ich gehe davon aus, dass das so richtig ist -, tritt der Verwaltungsvollzug überhaupt nicht ein, egal wie schlank er sein mag, weil gar keine Genehmigungspflicht besteht.

Ausdrücklich aus diesem Grund besteht keine Veranlassung, an dieser Satzung etwas zu ändern. Städtebaulich ist das richtige Gebiet ausgewiesen. Es liegt nicht etwa daran, dass wir nicht verstehen könnten, warum man das Ansinnen haben kann. Dieses Ansinnen ist hier aber nicht einschlägig. Wir wollen den Mieterschutz auch und gerade für diejenigen, die unmittelbar am Mittleren Ring wohnen. Die Eigentümer, die fragen, warum sie einem langwierigen Genehmigungsprozedere ausgesetzt sein sollten, wenn sie ihre Wohnung selbst bewohnen und keinen Mieter haben, sind nicht betroffen. - (Beifall der SPD)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir sehen diese Erhaltungssatzung als sehr dringend an. Wir sind eigentlich schon ein bisschen spät dran. Wahrscheinlich hat sich dort schon ein gewisses Maß an Aufwertung vollzogen. Mit einer schöneren Oberflächengestaltung gibt es dort sicherlich auch noch mehr Potenzial in diese Richtung. Soweit zur Notwendigkeit.

Es gibt einen relativ breiten Konsens, dass diese Erhaltungssatzung kommen soll. Rechtlich ist es wichtig, dass es eine zusammenhängende Fläche umfasst und keine Einzelteile. Meines Wissens ist es so geregelt, dass Ein- und Zweifamilienhäuser vom Vollzug der Erhaltungssatzung ohnehin ausgenommen sind. Dazu bitte ich noch um Auskunft. Ich bitte auch um Bestätigung zu dem Punkt Eigentum, den Herr Kollege Amlong gerade angesprochen hat. Diese Regelung gibt es auch noch. Wenn man das zusammennimmt, ist die Gefahr geringer. Was die GWG betrifft, sehe ich auch kein Problem. Wenn es der Schlüssigkeit und dem räumlichen Umgriff dient, ist es auch kein Schaden, wenn ein GWG-Haus erfasst wäre. Ich hätte aber einfach noch gerne eine Stellungnahme zu dem Punkt, dass die Ein- und Zweifamilienhäuser vom Vollzug ausgenommen sind. Inhaltlich sehen wir wie die CSU schon Bedarf. Wir wollen auch nicht, dass die Satzung für Ein- und Zweifamilienhäuser gilt. Wahrscheinlich ist es aber gar nicht nötig, diesen Bereich auszunehmen. In dem Fall wäre es vielleicht wichtig, dort zu kommunizieren, dass keine Betroffenheit vorhanden ist. Danke! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Bfm. StRin Meier:

Also noch einmal ganz deutlich: Die Einfamilienhäuser gelten im Vollzug von vorneherein als irrelevant bei der Erhaltungssatzung. Wenn jemand umbaut, prüfen wir. Erst einmal geht es nicht darum, ob derjenige vermietet. Wir prüfen, was wir immer prüfen: Wärmedämmung, den Einbau von Aufzügen, den Einbau von Luxus-Bädern. Bei Einfamilienhäusern prüfen wir das von vorneherein nicht, weil sie selbst genutzt werden. Deshalb sind sie für diesen Zusammenhang völlig irrelevant.

Herr Kollege, was die schlanke Verwaltungshandlung betrifft: Wenn sich beispielsweise ein Eigentümer eines Eigenheimes meldet, weil er sich für betroffen hält, fragen wir, ob er selbst dort wohnt und die Immobilie selbst nützt. In diesem Fall erklären wir von vorneherein: Das ist völlig irrelevant, Sie sind von dieser Regelung überhaupt nicht betroffen. Dann wird der Antrag überhaupt nicht geprüft. Wir informieren schon darüber, dass die Norm hier nicht zutrifft.

StR Kuffer:

Kollegin Meier, ich bitte noch einmal um ausdrückliche Klarstellung. Ist dieses Vorhaben genehmigungspflichtig oder nicht? Wenn es bauplanungsrechtlich oder bauordnungsrechtlich genehmigungspflichtig ist, ist das jedenfalls etwas anderes. Ist es aber im Sinne der Erhaltungssatzung genehmigungspflichtig - ja oder nein? Sie haben jetzt immer davon gesprochen, was Sie prüfen. Uns geht es darum, dass jemand, der sein Einfamilienhaus oder auch sein Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung umbauen möchte, dafür keine Genehmigung beantragen muss. Er soll sich gar nicht erst mit Ihnen auseinandersetzen müssen. Sie sollen von diesen Dingen von vorneherein entlastet sein, damit genügend Kapazitäten für andere Aufgaben da sind. Darum geht es uns. - (Beifall der CSU)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Was mich jetzt im Zusammenhang mit dieser Frage beschäftigt, ist folgende Frage: Wie lange verzögern sich Bauanträge durch dieses Verwaltungshandeln? Der gesamte Vorgang muss von der Lokalbaukommission an das Sozialreferat abgegeben werden. Dort wird geprüft und unter Umständen gesagt: Das betrifft uns nicht. Wie lange verzögert sich dadurch ein Bauantrag? Wie ist dabei der Zeitablauf?

Wir alle, auch der Herr Oberbürgermeister, sagen immer, wir müssten dafür sorgen, dass Baugenehmigungen schnell erteilt werden. Durch solche „Kleinigkeiten“ verzögert es sich dann unter Umständen über Wochen. Mir stellt sich daher die Frage: Wie kann man das eventuell ausklammern? Mir ist ein Fall aus dem Sozialreferat bekannt, da hat die Bearbeitung mit drei oder vier Nachfragen

über Wochen gedauert. Die Sachbearbeiterin war dazwischen im Urlaub, dann ist die Angelegenheit wieder lange gelegen. Es hat sich über Wochen hingezogen, bis die Entscheidung vom Sozialreferat gekommen ist. Das sollte man schon in dem Zusammenhang berücksichtigen. Sie sagen, es wird sofort erklärt, es treffe nicht zu, man könne das machen. Ich möchte schon gerne wissen, wie viel Verwaltungsarbeit es braucht und wie lange es dauert.

Bfm. StRin Meier:

Ich hoffe, der Fall war kein Eigenheimfall, sondern ein anderer. Dann kann es schon sein, dass es hin und her gegangen ist. Eigenheimbesitzer, die selbst nutzen, brauchen in diesem Zusammenhang keinen Antrag zu stellen. Wenn jemand einen Antrag stellt, weil er unsicher ist, wird er zügig darüber informiert, dass das nicht erforderlich ist. So ist das Verfahren. - (Zwischenrufe) - Wenn Mieter in dem Haus wohnen, muss es meiner Meinung nach geprüft werden. Es geht hier nur um die Eigennutzung. In dem Moment, wo ein Eigenheimbesitzer vermietet, muss geprüft werden.

Frau Charlier (stellv. Referentin für Stadtplanung und Bauordnung):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ergänzend noch einige Grundsätze, obwohl Herr Amlong das meines Erachtens sehr gut dargestellt hat. Wir haben hier ein zweistufiges Verfahren. Das ist wichtig, weil es jetzt darum geht, zu fragen: Welches Gebiet und welche Satzung haben wir? Welche Maßnahmen sind daher in der Genehmigungspflicht? Bereits das Gesetz sagt, dass nur Maßnahmen, die überhaupt dem Ziel entgegenstehen können, in die Genehmigungspflicht fallen. Deswegen sind Eigenheimer von der Genehmigungspflicht per Gesetz ausgeschlossen. Hier steht eben nicht das Ziel entgegen. Wir sind also bei den Einfamilienhäusern überhaupt nur dann in der Antragspflicht, wenn es sich nicht um Eigennutzung handelt. Das ist schon einmal ein ganz wesentlicher Aspekt. Deswegen gibt es ganz, ganz wenige Fälle im Sozialreferat, bei denen das überhaupt zum Thema wird.

Zum nächsten Punkt: Die Angelegenheit schlägt in der Regel in der Baugenehmigungspflicht auf. Denn die genehmigungsfreien Änderungen, die isoliert beim Sozialreferat laufen, können meistens in bilateralen Gesprächen vorher abgecheckt werden. Auch in diesen Fällen ist der Aufwand sehr gering. Das Ganze ist ein Konzentrationsverfahren, ein „Huckepack-Verfahren“: Wenn die LBK also den Antrag bekommt, geht es parallel zur Bearbeitung des Baugenehmigungsverfahrens zum Sozialreferat. Auch dort geht es sehr schnell, weil diese Einfamilienhausgeschichten in der Regel völlig unproblematisch sind. Herr Podiuk, sie sind natürlich schon während des Genehmigungsverfahrens zu klären.

Von daher sehen wir hier weder einen Bürokratieaufbau, noch sonstige Problematiken. Wichtig ist nur, dass dieses Gebiet an sich ... - deswegen komme ich noch zum „Schweizer Käse“, Herr Zöller. Wir haben schon das Problem, dass diese Erhaltungssatzungen regelmäßig und in letzter Zeit verstärkt vom Gericht geprüft werden. Wenn wir jetzt einzelne Gebiete „käsemäßig“ oder im vorliegenden Fall das große Gebiet ausnehmen und nur den westlichen Bereich am Luise-Kiesselbach-Platz mit hineinnehmen, reden wir von Auskragungen. Diese hat das Gericht bereits in anderen Fällen als äußerst kritisch beurteilt. Es geht um ein Gesamtgebiet. Das muss entsprechend dargelegt werden - das tun wir mit dieser Satzung.

Noch ein Wort zu Ihrem Änderungsantrag: Das ist für Sie wichtig, wenn Sie darüber beschließen oder abstimmen lassen. Dieser Änderungsantrag ist in dieser Form rechtlich nicht möglich. Wir müssten die Satzung dann neu erarbeiten. Wenn Sie jetzt beschließen, etwas herauszunehmen, ist die Satzung mit den jetzt enthaltenen Daten und Kennzahlen nicht mehr korrekt. Wir müssen auf eine rechtssichere Satzung hinweisen und auch damit arbeiten. Sie müssten den Tagesordnungspunkt vertagen. Sie könnten uns nur den Auftrag geben, das Gebiet zu ändern, weil wir dann die Kennzahlen anpassen müssen. Das ist ganz entscheidend, weil wir sonst ein Problem mit der Satzung bekommen.

Zu Ihrem Vorschlag, den Sie zum Schluss gebracht hatten - im Änderungsantrag liest sich das allerdings ein bisschen anders: Wenn Sie jetzt über Ausnahmen reden, ist das rechtlich nicht möglich. Es gibt eine sehr klare Formulierung, welche Ausnahmen im Gesetz möglich sind. Das ist abschließend. Wir können also nicht formulieren, dass diese Punkte einfach wieder herausgenommen werden. Erstens ist das nicht notwendig, weil es eben ein zweistufiges Verfahren ist. Zweitens gehen nur die Fälle, die wirklich mit Mietern zu tun haben, überhaupt in die Genehmigungspflicht - und dort geht es schnell. Vielen Dank. - (Beifall von der SPD)

Der beiliegende Änderungsantrag der CSU wird gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und von ALFA **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der CSU, von Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (ohne Piraten) und von ALFA **beschlossen**.

**Personaleinsatz zur Liquidierung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe für umF  
Bericht über drohende Einnahmeausfälle der Stadt bei der  
Kostenerstattung für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge  
Antrag Nr. 1720 von Bündnis 90/Die Grünen/RL vom 21.01.2016**

Aktensammlung Seite 3211

Bfm. StRin Meier:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Der Sachverhalt des Fristenproblems ist mir seit dem 10.11.2015 bekannt. Wir haben sofort eine Task Force installiert, die die Fälle aufarbeitet, um Fristen zu sichern. Ich habe unmittelbar danach den Oberbürgermeister informiert. Ich habe den Oberbürgermeister auch am 18.11. gebeten, das Revisionsamt bei der Aufbereitung und Aufarbeitung der Fälle im Jugendamt zu begleiten. Dies soll sich auf die Prozesse und die Weiterentwicklung des Einnahmenmanagements beziehen. Es gibt ein tägliches Reporting der Task Force.

Ich habe im November und Dezember Samstagsarbeit angeordnet, um ggf. Fristen aus 2014 zu sichern. Wir haben sofort angefangen, auch auf Grund der unklaren Rechtslage infolge der Rechtsänderung im KJHG zum 01.11.2015 bei der Weiterleitung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Hier gab es Unklarheiten, welche Fristen für die Vergangenheit gelten und welche Fristen künftig gelten werden. In dem Zusammenhang konnte auch am 19.01.2016 ein weiterer sehr wichtiger Punkt direkt mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgeklärt werden. Ausschlaggebend für die Meldung an den überörtlichen Träger ist das Ende der Maßnahme, nicht ihr Beginn. Die betroffenen Jugendlichen sind in der Regel zwischen 15 und 17 Jahren alt. Die meisten Fälle aus 2014 kommen Mitte des Jahres. Diese Jugendhilfemaßnahmen aus 2014 laufen weitgehend in das Jahr 2015 hinein. Also droht auch kaum ein Fristversäumnis. Wenn es so aussieht, werden diese Fälle jetzt alle noch einmal einzeln geprüft.

Wir haben auch sofort den Auftrag erteilt, mit der Kämmerei ein Einnahmen- und Ausgaben-Controlling aufzubauen. Sie kennen die Tücken der Kameralistik. Wer die doppelte Buchführung kennt, weiß, dass das Problem dort nicht so groß ist. Das ist aber jetzt auch zusammen mit der Kämmerei in die Wege geleitet.

Sie wurden über die ausstehenden Forderungen schon öfter informiert, z. B. im Rahmen der Haushaltsanmeldung 2016. Dort stehen die ausstehenden Forderungen des Sozialreferates an die überörtlichen Träger. Sie werden von uns gemeldet und in diesem Zusammenhang in den Haushalt eingestellt. Sie wurden im letzten Plenum am 16.12.2015 auch über den Themenblock Ausgaben – Außenstände - Asyl informiert. Dabei haben wir auf den Punkt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH) hingewiesen. Natürlich habe ich im Sozialausschuss am 21.01. 2015 auch noch einmal darüber informiert.

Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich seit dem Zwischenbericht des Revisionsamtes einige Fakten geändert haben. Das wird Frau Dr. Erl-Kiener noch detaillierter ausführen. Das Revisionsamt ist auf unsere Bitte hin tätig geworden. Im Kern geht es darum, unsere Forderungen und Erstattungsansprüche bis Ende 2016 abzurechnen. Ich habe aber im Sozialausschuss auch darauf hingewiesen, dass es mir wichtig ist, es bis zur Jahresmitte zu schaffen. Weil es ein ziemlich „pfriemeliges“ Abrechnungsverfahren ist, machen wir es aus Rücksicht auf die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lieber in einer „Hauruck-Aktion“.

Die exakte Höhe der Forderung aus Rückerstattung - nicht eventuelle Fristausfälle - kann erst endgültig beziffert werden, wenn sämtliche Kostenerstattungsverhandlungen mit den überörtlichen Trägern abgeschlossen sind. Es geht also auch darum, dass man sich immer wieder darum streiten muss, ob eine Taxirechnung anerkannt wird. Viel größer ist das Problem mit der kassenärztlichen Vereinigung. Hier steht noch einmal, Rechnungen müssten nachgereicht werden. Wir bekommen zum Teil erst jetzt die Rechnungen der kassenärztlichen Vereinigung für medizinische Leistungen. Man hat mir bestätigt, dieses Problem hätten alle Jugendämter, auch in Passau Land, Passau Stadt und Rosenheim. Sie grenzen an Jugendämter, die davon betroffen sind.

Das Jugendamt arbeitet jetzt mit Hochdruck an der fristgerechten Aufarbeitung der Fälle. Eines kann ich Ihnen versichern: Der Stau in der Aufarbeitung der Kostenerstattung, was sich zwischen 2013 und 2015 zugetragen hat, hat mich auch sehr geärgert. Man muss aber sagen, dass insbesondere 2014 keiner damit gerechnet hat, dass so viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu uns kommen. Vor allem war unser Einnahmen- und Ausgaben-Controlling auf solche Massen nicht ausgelegt. Sie müssen wissen, dass es bei uns jährlich üblicherweise 100 bis 150 Inobhutnahmen gibt. Auf einmal hat man 2014 einen Anstieg von 2.600 Fällen auf über 5.000 Fälle im Jahr 2015. Dabei gilt das normale Verfahren von Jugendhilfe und der üblichen Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

In dem Zusammenhang muss man auch Folgendes berücksichtigen: SoJA wurde 2013 gestartet und ist 2014 Stück für Stück weiter umgesetzt worden. SoJA ist das EDV-Verfahren in der Jugendhilfe. Ich habe mit Nachdruck seit Amtsbeginn darauf hingewirkt, dieses System einzuführen, weil wir einen kopfgenaue Überblick über die Kosten eines Falles brauchen. Das war bis zur Einführung von SoJA immer erst aufgrund von Akteneinsicht möglich. Das haben wir jetzt für die Ausgaben, nicht so, wie wir es uns für die Einnahmen wünschen.

Die Höhe der offenen Erstattungsansprüche verringert sich von Tag zu Tag. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis zum Jahresende alles schaffen und die Rückerstattungen zurückholen werden. Ich bin aber auch zuversichtlich, innerhalb der nächsten vier Wochen Bilanz ziehen und Ihre Bedenken und Befürchtungen ausräumen zu können. In diesem Sinne berichten wir sobald wie möglich, wenn wir einen allgemeinen Überblick über eventuelle Schäden auf Grund von Verfristungen haben. Dies bezieht sich nicht auf materielle Ansprüche, die wir noch geltend machen. Vielen Dank.  
- (Beifall aus den Reihen der SPD)

Frau Dr. Erl-Kiener (Leitung Revisionsamt)

Beitrag wurde nicht autorisiert und daher gelöscht.

StR Dr. Assal:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die beiden Vorträge. Diejenigen, die im Sozialausschuss oder im Ausschuss für Standortangelegenheiten für Flüchtlinge waren, der zuvor stattgefunden hat, wussten, dass alles im Lot ist. Frau Els von der Regierung von Oberbayern hat bestätigt, dass die Fristen eingehalten sind und das Ganze am Laufen ist.

Mit Verwunderung habe ich heute Früh in der *Süddeutschen Zeitung* gelesen, dass der Stuhl von Frau Meier wackelt. Das gibt es doch nicht! Sie ackert sich durch, macht eigentlich alles und alle sind informiert. Warum kam es dennoch zu der Entscheidung, das Ganze wegen Frau Meier zu verschieben? Ich kenne die Gründe nicht. Ich habe mich gefragt: Was steckt eigentlich dahinter?

Frau Strobl, Frau Meier und der Oberbürgermeister, der in das Thema Flüchtlinge eng eingebunden ist, haben Bescheid gewusst. Ich hätte gerne eine Antwort darauf. Gibt es jemanden, der auf den Stuhl spekuliert? Ich weiß nicht, was dahinter steckt. - (Allgemeine Unruhe, Heiterkeit)

StR Müller:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Spekulationen in Bezug auf Sitzmöbel kann ich leider nichts beitragen. Ich möchte an dieser Stelle zum einen noch einmal die offenen Fragen, die sich uns darstellen, beleuchten und zum anderen auf mögliche Konsequenzen eingehen.

Zunächst müssen wir insgesamt schlichtweg feststellen, das Thema Flüchtlinge hält das Sozialreferat seit Anfang des Jahres 2014 und insbesondere im Laufe des Jahres 2015 in Atem. Das ist keine Neuigkeit, das wissen wir alle. Die Landeshauptstadt München war zunächst, neben einigen anderen von Frau Meier bereits benannten Landkreisen, bundesweit über Jahre hinweg nahezu ausschließlich für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zuständig.

Ich denke - das ist nach meinem Dafürhalten eine inhaltliche Feststellung, auf die ich großen Wert lege -, nicht nur die Unterbringung dieser jungen Menschen, sondern auch der Umgang mit ihnen, die Gesundheitsversorgung sowie insbesondere die Sprachkurse und später die Ausbildung und der Schulbesuch wurden in München sehr gut gehandhabt. Darüber besteht nach meinem Dafürhalten ebenfalls Einigkeit. - (Beifall der SPD)

Im Laufe des Jahres 2014 hat die Anzahl, insbesondere der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, erheblich zugenommen. Diese Zunahme hatte zur Folge, dass innerhalb des Stadtjugendamtes jede Menge Sitzungen stattzufinden hatten, um mit dieser Problematik umgehen zu können. Umgehen heißt, das muss man sich hierbei noch einmal vor Augen führen, dass im Prinzip für fünf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eine Fachkraft zu finden war. Das ist in etwa der Personalschlüssel. Das war nicht ganz einfach bei einer zwischendurch in München vorhandenen Zahl von etwa 5.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Diese waren nicht alle gleichzeitig in München, stellen jedoch in etwa die Zahl des letzten Jahres dar.

Es waren Unterkünfte zu suchen, und alle bereits von mir benannten Anschlussversorgungen sicherzustellen. Das ist nach unserem Dafürhalten, daran habe ich bisher keinen Zweifel wahrgenommen, in hervorragender Art und Weise geschehen. Zum einen ist es gelungen, die Träger unbürokratisch und schnell an einen Tisch zu bekommen. Zum anderen ist es gelungen, die Jugendlichen so unterzubringen, dass wir in der ganzen Zeit, trotz der sehr hohen Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, kaum Vorfälle hatten, die durch die Medien gingen und tatsächlich Schwierigkeiten bei der Unterbringung aufgezeigt haben.



Insgesamt wurde deutlich, dass es durch das Zusammenwirken der öffentlichen Stellen, sprich des Sozialreferates, des Stadtjugendamtes und der Freien Träger, gelungen ist, die jungen Menschen nicht nur menschenwürdig unterzubringen, sondern ihnen die notwendigen Hilfen und Unterstützungsleistungen angeeignet zu lassen. - (Beifall der SPD) -

Das ist mir deshalb als Eingangsfeststellung wichtig, weil wir den Blick auf die Dinge lenken möchten, die in der Gesamtproblematik vorrangig waren. Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil ist: Wie ist innerhalb der Verwaltung die gesamte Thematik gehandhabt worden? Wir möchten nicht, dass irgendetwas dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen wird. Es ist alles nachprüfbar. Ich möchte es gerade deswegen benennen.

Zum einen war es so, dass vom Stadtjugendamt eine sehr weitgehende Zuständigkeit für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge deutlich reklamiert wurde. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die seit langen Jahren im Kinder- und Jugendhilfeausschuss sind, wissen dies. Das Stadtjugendamt hat gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss eine gesetzlich emporgehobene Stellung. Daher hat die damalige Jugendamtsleitung, Frau Dr. Kurz-Adam, immer wieder deutlich gemacht, dass es in erster Linie Aufgabe des Stadtjugendamtes ist, sich um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und um Familien, die nach München gekommen sind, zu kümmern.

Frau Dr. Kurz-Adam war nach meinen Informationen bereits im Laufe des Jahres 2014, etwa seit Ende Oktober erkrankt. Zunächst war sie wohl immer wieder einmal im Krankenstand und schließlich ab März 2015, dann erkennbar für die Verwaltung des Sozialreferates und des Stadtjugendamtes längerfristig im Krankenstand. Ich möchte nicht, das sage ich sehr deutlich, Schuld verteilen. Ich möchte jedoch feststellen, dass eine wesentliche Schnittstelle im Stadtjugendamt in einer Zeit, in der es dringend notwendig war, ausgefallen ist. Zunächst konnte die Funktion nicht adäquat besetzt werden.

Zum anderen spielt die Frage eine wichtige Rolle, wie mit den einzelnen fachlichen Anforderungen innerhalb der Jugendhilfe, zunächst vonseiten des Stadtjugendamtes, aber auch vonseiten des Sozialreferates, umgegangen wurde. Eines hat Frau Meier bereits deutlich gemacht. Wir hatten bereits in früheren Jahren viele Diskussionen über die Fachverfahren im Stadtjugendamt, insbesondere die Erfassung. Diese umfassten übrigens nicht nur unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sondern die gesamten Hilfen zur Erziehung. Wir waren - ich habe das selbst mehrfach in früheren

Ausschusssitzungen angemerkt - einhellig der Meinung, dass die bisherigen Verfahren nicht ausreichen.

Diese wurden dann insbesondere mit dem Amtsantritt von Frau Meier mit großer Vehemenz eingeführt. Dabei wurde vor allem im Bereich dieser komplexen Sachverhalte deutlich, dass es nicht so einfach ist, tatsächlich das gesamte Feld der Hilfen zur Erziehung in einem IT-Verfahren abzubilden. Es reicht nun einmal von der sozialpädagogischen Tagesgruppe bis zur Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Das Verfahren musste implementiert und mit allen Vorgaben, die heute zum Teil bereits genannt worden sind, versehen werden. Es ist mir wichtig, dies festzustellen.

Ein weiterer Punkt ist: Wie wurde mit der zunehmenden Problematik, dass eine große Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nach München gekommen ist, innerhalb der Sozialverwaltung umgegangen? Ich möchte einen wichtigen Punkt benennen. Die Verwaltung war zunehmend damit überfordert, weil es nicht mehr nur ein Teilbereich der Hilfen zur Erziehung, sondern ein ganz wesentlicher Teil der Tätigkeit des Stadtjugendamtes insgesamt geworden ist. Daher wurde bereits Anfang/Mitte des letzten Jahres eine eigene Abteilung eingeführt, die sich ausschließlich mit dem Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge befasst.

Diese Abteilung hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir mit dieser Gesamtproblematik so umgehen konnten, wie das nicht nur nach monetären Gesichtspunkten notwendig ist, sondern wie dies auch von den Münchnerinnen und Münchnern erwartet worden ist. Das ist für uns die wichtigste Feststellung. Wir sind mit jungen Flüchtlingen menschenwürdig umgegangen und haben ihnen die notwendigen Hilfen zuteil werden lassen. Wir haben sie so untergebracht, wie es notwendig ist. Letztendlich geschah es in einer Art und Weise, dass es von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt akzeptiert worden ist. Das ist und bleibt für mich ein ganz wesentlicher Punkt im Umgang mit der Gesamthematik. - (Beifall der SPD)

Darüber hinaus beschäftigen wir uns nahezu in jeder zweiten oder dritten Sitzung der sozialen Ausschüsse mit der Problematik, dass wir insbesondere im mittleren Dienst in der Stadtverwaltung seit vielen Jahren kein entsprechendes Fachpersonal mehr finden.

Allen Kolleginnen und Kollegen ist noch das Problem des Wohngeldes aus den zurückliegenden Jahren - ich weiß nicht genau, wann das ein Sommerthema war - bekannt. Das Sozialreferat hat trotz mehrfacher Ausschreibungen nicht das gesuchte Personal gefunden. Jeder, der in der letzten

Zeit in einem der Sozialbürgerhäuser war, kennt die Zettel, die dort hängen, dass die Sachbearbeitung im SGB XII nur eingeschränkt erreichbar ist.

Im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe sieht es genauso aus. Wir haben an dieser Stelle - die Zahlen sind nun einmal so - von ca. 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über 30, die keine Verwaltungsausbildung haben. Sie müssen ohne Verwaltungsausbildung jedoch hochkomplexe Fälle abrechnen.

Mit diesem Wissen müssen wir die Frage, wie wir mit den Kostenerstattungen umgehen, noch einmal genau betrachten. Wir dürfen jetzt nicht sagen, es werden Dinge nivelliert, sondern wir müssen bedenken, was an Verwaltungshandeln möglich und machbar war. Anschließend können wir darüber reden, ob es eine persönliche Verantwortung einzelner Teile des Sozialreferates gibt oder nicht. Es ist bereits dargestellt worden, dass wir derzeit auf einem guten Weg sind, die Fälle aufzuarbeiten.

Ich möchte von unserer Seite deutlich machen, dass es nicht darum geht, dass das Geld, das der Landeshauptstadt München zugestanden ist oder zusteht, nicht erhoben wurde. Jedoch müssen wir unsere Referate danach bewerten, ob sie zum jeweiligen Zeitpunkt handeln konnten oder nicht. Es gab in der wirtschaftlichen Jugendhilfe im Jahr 2014, ich denke auch davor, eine Reihe von Überlastungsanzeigen. Diese lagen jedoch nach meiner Kenntnis der Referentin nicht vor, sondern lediglich der Stadtjugendamtsleitung. In der wirtschaftlichen Jugendhilfe gilt nun einmal der von mir zuvor erwähnte Grundsatz, dass die Bürgerinnen und Bürger Vorrang haben. Einzelansprüche von Bürgerinnen und Bürgern wurden weiterhin vorrangig abgerechnet. Dies geschieht im Übrigen in hoher Zahl. Es geht dabei um viele Unterbringungen in Kindertageseinrichtungen und ähnliche Hilfen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass ihre Fälle vorrangig behandelt werden. Nach dieser Vorgabe wurde gearbeitet.

Nach unserer Einschätzung, das müssen die Prüfungen in den nächsten Wochen zeigen, ist es richtig, dass, nachdem die Stadtjugendamtsleiterin nicht mehr im Dienst war, es innerhalb des letzten Jahres einen Zeitraum gab, in dem man schneller hätte zu Werke gehen können. Das ist sicherlich der Fall gewesen. Gleichzeitig haben wir in dieser Zeit jedoch nachdrücklich darauf Wert gelegt, dass die in immer größerer Zahl ankommenden Flüchtlinge, nicht mehr nur die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, sondern die Flüchtlinge insgesamt, menschenwürdig in dieser Stadt aufgenommen werden. Ihnen sollte in gleicher Weise, wie ich das vorher zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gesagt habe, die entsprechenden Hilfen zuteil werden. Es muss-

ten entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die Bürgerinnen und Bürger informiert werden und entsprechende Rücksprachen in der Stadtverwaltung stattfinden.

Zur gleichen Zeit gab es eine lebhafte Diskussion, die fachlich vom Sozialreferat sehr intensiv begleitet werden musste, darüber, wie künftig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge überhaupt unterzubringen sind. Zu Beginn des Jahres 2015 gab es in der sozialen Landschaft keinen Konsens in der Bundesrepublik, dass künftig unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ähnlich wie alle erwachsenen Flüchtlinge, bundesweit verteilt werden. Es gab insbesondere von den Wohlfahrtsverbänden auf Bundesebene zahlreiche Interventionen, die dies zum Teil vehement abgelehnt haben.

Dies hätte zur Folge gehabt, dass nicht nur die Landeshauptstadt München, sondern ebenso die zuvor benannten anderen Grenzorte weiterhin nahezu ausschließlich für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuständig gewesen wären. Durch die Einflussnahme des Sozialreferates trat die Gesetzesänderung nicht erst zum 01.01.2016, wie ursprünglich geplant in Kraft, sondern bereits zum 01.11.2015. Dadurch wurde eine wesentliche Entlastung der Jugendhilfe und der beteiligten Träger und Einrichtungen dieser Stadt erreicht.

Ich sage dies nicht - das möchte noch einmal betonen -, um gegebenenfalls Einnahmeausfälle zu verteidigen. Ich sage es deswegen, weil es den Arbeitsumfang des Sozialreferates, insbesondere der Referentin selbst, die intensiv in die gesamte Flüchtlingsproblematik dieser Stadt eingebunden war, deutlich macht. Wir möchten keine Erstattungsansprüche negieren. Diesem Vorwurf möchten wir uns auf keinen Fall aussetzen. Vielmehr ist uns wichtig, die Aufgaben eines Sozialreferates oder von anderen Referaten insgesamt im Lichte der jeweiligen Zeit zu betrachten.

Für uns ist es wichtig, dass die aufgeworfenen Fragestellungen, insbesondere die Erstattungsansprüche der Landeshauptstadt München gegenüber anderen Kommunen, nunmehr intensiv betrachtet werden. Genauso wichtig ist uns, dass die Leistungen des Sozialreferates und der Referentin im Lichte der Gesamtproblematik betrachtet werden. Die große Herausforderung, die München im letzten Jahr in Atem gehalten hat und uns weiterhin in Atem hält, haben wir mit einer großen Mehrheit in diesem Stadtrat weitgehend friktionsfrei in der Stadtgesellschaft derart bewältigen können, dass wir keine Turnhalle, keine Schule oder ähnliche Einrichtung in Anspruch nehmen mussten, um für die Unterbringung der zu uns kommenden Menschen zu sorgen.

Wir müssen den Sachverhalt aufklären und die ausstehenden Gelder einnehmen. Es ist jedoch ebenfalls angezeigt, eine faire Gesamtbewertung anzustellen, die alle Aufgaben des Sozialrefera-

tes im vergangenen Jahr berücksichtigt. Für uns bleibt der wichtigste Punkt die humanitäre Unterbringung und Behandlung der Flüchtlinge, die nach München kommen. Vielen Dank! - (Lang anhaltender Beifall der SPD)

StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, dass eine Vermischung unterschiedlicher Sachverhalte stattfindet. Zur Diskussion steht nicht die Frage, ob es sich um eine humane oder inhumane Flüchtlingspolitik handelt. Vielmehr sollten folgende sachliche Fragen jedes einzelne anwesende Stadtratsmitglied interessieren und diskutiert werden: Wo gibt es strukturelle Defizite? Welche Ursachen gibt es? Wie konnte es passieren, dass eine Meldung über einen Finanzausfall für die Stadt München in Höhe von 178 Mio. € die Öffentlichkeit erreicht hat? Wo liegt das Problem? Wie konnte es dazu kommen und was ist der Wahrheitsgehalt? Es wird in dieser Sitzung ein moralischer Aufbau gebildet, anstatt diese wichtigen Fragen zu diskutieren. Es wird unterstellt, dass jeder, der diese Fragen stellt, gegen eine humane Flüchtlingspolitik in der Stadt sei. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Gott sei Dank kommt dieser Dringlichkeitsantrag aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen/RL. Keiner kann bestreiten, dass wir in den letzten Jahren beim Thema Flüchtlinge mit unter die Sozialreferentin mehr unterstützt und begleitet haben als es teilweise von ihrer eigenen Fraktion geschehen ist. Das muss man einmal klarstellen. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Ich möchte zu der Genese der Geschichte ein paar Worte sagen. Letzte Woche haben wir eine Stellungnahme des Sozialreferates in der *Rathaus-Umschau* gelesen. Ich wusste nicht, was Sache ist. Es wurde beschrieben, wie die Abrechnungsmodalitäten bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind, wo es Verfristungsprobleme geben könnte und welcher Bearbeitungsstau vorliegt. Danach gab es einen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*. Dadurch haben wir die Thematik erfahren. Am selben Abend fand ein Gespräch zwischen mir und der Sozialreferentin statt. Das Ergebnis des Gespräches war: Es ist alles im grünen Bereich. Es gibt einen Bearbeitungsstau aus den Jahren 2014 und 2015. Wir haben es unter Kontrolle. Wir haben keine finanziellen Ausfälle. Es könnte, wenn überhaupt nur einen Fall geben. Diesen Sachverhalt werde sie im Sozialausschuss berichten. Ich konnte am Sozialausschuss nicht teilnehmen, weil ich in Bochum wahr. Nach den Informationen, die ich von meiner Kollegin Koller bekommen habe, ist die Information in ähnlicher Weise erfolgt.

Wir haben am Mittwoch, den 20. Januar 2016 den Dringlichkeitsantrag für das Plenum gestellt, weil wir gesagt haben, auch wenn die Sozialreferentin im Ausschuss berichtet, hat es jedoch eine Dimension, die jedes Stadtratsmitglied interessieren sollte. Daher wollten wir ebenfalls einen Bericht im Plenum. Zusätzlich wollten wir nicht nur den Bericht des Sozialreferates, sondern auch den Bericht des Revisionsamtes. Im Antrag steht, dass wir den Zwischenbericht des Revisionsamtes sehen möchten. Diesen haben wir bis Montag nicht bekommen.

Am Montag morgen hat eine Mitarbeiterin im Büro des Oberbürgermeisters angerufen und nach diesem Bericht verlangt. Wir wollten informiert sein und alle Fakten zusammenbringen, bevor wir eine politische Ansage oder ähnliches herausgeben. Es war demnach eine sehr besonnene Vorgehensweise. Es brauchte vier Anrufe im OB-Büro, bis wir am späten Nachmittag den Revisionsbericht erhalten haben. Nachdem wir am späten Abend den Revisionsbericht durchgelesen haben, gab es trotzdem von uns keine Verlautbarung nach außen.

In diesem Revisionsbericht werden bereits für das Jahr 2002 fehlenden Strukturen moniert. Es kommt, dass es 2014 und 2015 die Dichte...- (Allgemeine Unruhe) - Darf ich jetzt einmal ohne... - (Zwischenruf: Ja, ja!) - Die Aspekte aus den Jahren 2014 und 2015 sind auf die hohe Anzahl der Flüchtlinge zurückzuführen. Im Revisionsbericht steht jedoch, dass es bereits im Jahr 2012 keine Registrierungen gegeben habe und die Fristen nicht bekannt waren. Der Mitarbeiterschaft waren die Fristen nicht bekannt. Sie hatten keine Handreichung, mit wem eine Kostenabrechnung stattfinden soll. Das SoJA-IT-System, das wir nach mehreren Diskussionen im Stadtrat für viel Geld beschlossen haben, wurde nicht genutzt. Das Revisionsamt berichtet von 517 Ausfällen, die dem städtischen Haushalt bevorstehen könnten.

Aufgrund dieser Informationen haben wir gesagt, das sind strukturelle Probleme. Das sind strukturelle Defizite. Das ist ganz klar Managementverantwortung. Wir wollen keine Vorverurteilung, sonst hätten wir etwas anderes gefordert. Das möchte ich jetzt einmal klar benennen. Wir möchten eine Aufklärung des Sachverhaltes. Es sollte im Interesse aller sein, Antworten auf diese Fragen zu bekommen. Wir möchten keine unterschiedlichen Informationen haben, sondern dass alle Fakten auf dem Tisch liegen. Das Sozialreferat kann dann erklären, was sich verbessert hat und in welchen Fällen es zu Ausfällen kommen könnte. Wir möchten eine Summe genannt bekommen und nicht vier, fünf unterschiedliche Summen, die im Moment in der Stadt kursieren. Das ist unser Anliegen.

Wir haben nach einer Beratung letzten Dienstag festgestellt, es kann nicht sein, dass sich eine Sozialreferentin wieder zur Wahl stellt, ohne vorher die offenen Fragen und strukturellen Defizite auf-

geklärt zu haben. Wir möchten Antworten auf die ungeklärten Fragen, und wissen welche Konsequenzen gezogen werden. Das ist die einzige Intension unseres Antrages für die laufende Sitzung zum Thema Wahlverschiebung von Frau Meier. Es wurde so gelöst, dass nunmehr alle Wahlen der Referentinnen und Referenten um vier Wochen verschoben worden sind.

Ich bitte daher, nachdem versprochen worden ist, dass es innerhalb von vier Wochen einen Abschlussbericht des Revisionsamtes geben wird... - (Zwischenruf: Nein!) - Ich habe zumindest gelesen, dass es so sein soll.

Ich bitte darum, dass wir diesen Bericht frühzeitig bekommen, und dieser Abschlussbericht vorher im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt wird, denn dort gehört er hin. Wir wollen den Bericht nicht wieder so kurzfristig erhalten, so dass wir uns nur ein oder zwei Tage vorher mit dieser komplexen Materie auseinandersetzen können. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Dr. Assal:

Frau Demirel, nach Ihrer Rede platzt mir platzt fast der Kragen! Das muss ich ganz ehrlich sagen. Im Prinzip hätten Sie nur Frau Zurek fragen müssen, ob Sie dazu Informationen bekommen. Wir haben heute schon gehört, es ist alles in Ordnung. Das wurde auch vom Revisionsamt nochmals bestätigt.

Warum haben sich die Fraktionsvorsitzenden und die Bürgermeister geeinigt, die Referentenwahl wegen Ihres Dringlichkeitsantrages zu verschieben? Sie haben es geschafft, ein Wirrwarr zu erzeugen, das auch von der Presse aufgenommen worden ist. Es geht um den Referentenstuhl, dieser Begriff, den ich vorher gebracht habe, ist richtig. Ich weiß nicht, warum das geschehen ist. Ich frage mich, warum es gemacht wurde.

Im AStAF und im Sozialausschuss waren Sie nicht anwesend. Dort wurde alles geklärt. Nur das Wort Revisionsamt, Frau Zurek hätte das in ihrer Position sofort für Sie klären können. Mir war klar, dass es passt. Aber, dass eine Referentenwahl verschoben wird, dafür sind Sie verantwortlich! - (Vereinzelt Beifall) -

Für die fehlenden Mitarbeiter könnten Studenten aus der Betriebswirtschaft eingesetzt werden, um die Forderungen unterschriftsreif vorzubereiten. - (Unruhe)

StR Zeilhofer-Rath:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister und der Sozialreferentin für das Jahr 2015 danken. Es war ein Chaos-Jahr, was die Flüchtlingsproblematik betrifft. Dabei ist die Stadt München - das kann ich aus anderen Städten beurteilen - überdurchschnittlich positiv weggekommen. - (Beifall von der rechten Seite des Hauses)

In dem Bericht des Revisionsamtes habe ich gelesen, dass die strukturellen Probleme dieser Abrechnungsverfahren schon 2001 angemahnt worden sind. In dieser Zeit gab es eine rot-grüne Mehrheit. Warum kommt die massive Kritik von den Grünen? - (Unruhe im Saal) - Da ist etwas schief gelaufen, Geld ist aufs Spiel gesetzt worden und es wurde zu spät reagiert. Dass man am 07.11. davon erfährt, ist einfach zu spät.

Ich habe die Berichte von Frau Meier gehört und hoffe, dass in dieser Höhe kein größerer finanzieller Schaden für die Stadt München entsteht. Zum Glück hat sich die Gesetzeslage geändert. Jetzt geht es nicht mehr, dass man den Ländern Geld schenkt, die sich - gesetzlich bedingt - aus dieser Verantwortung der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stellen können.

Ein anderer Punkt ist das Problem mit den Fachleuten. Ich habe mir das Abrechnungssystem angeschaut. Es ist ein Irrsinn, wohin etwas geschickt, weitergeleitet und wieder hingeschickt werden muss. Für ein Verwaltungsstudium sind die Anforderungen an solche Abrechnungen zu hoch. Wir leben in einer Zeit, wo besondere Anforderungen an Kommunen gestellt werden, wo man besonders reagieren muss. Es sollen nicht Standards aus Zeiten eingehalten werden, in denen man das Geld hatte und die Welt „noch in Ordnung“ war. Es hat sich schon abgezeichnet, dass Flüchtlinge zu uns kommen werden. Das haben die Fachleute weit früher gesagt und ich habe es aus meiner praktischen Arbeit heraus gesagt. Das ist nur der Anfang.

Wenn wir nun alles überstürzt tun, 2015 kamen alle Flüchtlinge auf einmal, dann ist das ein Resultat daraus, dass wir vorher den Kopf in den Sand gesteckt haben. Mir ist wichtig, dass das Geld kommt und solche Fehler nicht mehr passieren. Man soll viel eher auf solche Schwachstellen im System aufmerksam werden. Ich hoffe, dass das Geld bis Mitte nächsten Jahres eingegangen sein wird. Vielen Dank. - (Zwischenruf: dieses Jahres!) - ... dieses Jahres.



OB Reiter:

Ich möchte etwas zur Wortmeldung der Kollegin Demirel sagen. Es ist mit Verlaub nicht untypisch, dass sich Beträge ändern, wenn wir Zwischenberichte analysieren. Es handelt sich ausdrücklich um einen Zwischenbericht. Revisionsamt und Sozialreferat haben daran gearbeitet, sodass sich diese Beträge wieder verändert haben. Man darf sich nicht wundern, wenn in einem Zwischenbericht vom November und Dezember nicht immer tagesaktuelle Summen stehen. Das ist logisch, wenn Zwischenberichte analysiert werden. Es tut mir auch leid, dass wir keine „Grünen-Hotline“ zum OB-Büro haben. Ich weiß nicht, wo ihr viermal angerufen habt. Nach dem ersten Anruf habe ich gesagt, natürlich verteilen wir auch den Zwischenbericht. Vielleicht hat es viermal geklingelt, aber viermal angerufen wurde nicht. - (Heiterkeit) - Vielleicht habt ihr noch andere Nummern aus dem RGU oder dem Kommunalreferat von früher eingespeichert. - (Unruhe) - Ich habe sofort entschieden, den Zwischenbericht herauszugeben, weil hier weiterhin volle Transparenz angesagt ist. Das habe ich getan, ihr habt ihn bekommen, und alle haben ihn gelesen.

Mir am Rande zu unterstellen zu wollen, ich hätte versucht, es intransparent zu halten. Wenn ich es wollte, hätte ich am 23.12. den Bericht auf meinen Schreibtisch gelegt, wäre in den Urlaub gegangen und hätte ihn überrascht am 30.01. wiedergefunden. Das mache ich aber nicht!

Nun sind wir beim eigentlichen Kern der Diskussion. Es geht genau um eine Frage: Josef Assal hat nachgefragt, warum ich entschieden habe, diese Wahl heute nicht durchzuführen. Bis gestern Abend habe ich gehofft, dass wir eine eingrenzbare Schadenseinschätzung des Revisionsamtes bekommen. Gestern Abend haben wir spät mit dem Revisionsamt darüber geredet, ob sich die Leitung des Revisionsamtes in der Lage sieht, Ihnen heute zu sagen, ob wir von maximal zwei, drei oder 5 Mio. € reden. Nur um es eingrenzen zu können und um das Risiko zu beschreiben, welche potenziellen Außenständen, die wir vielleicht nicht bekommen, es nicht gibt, damit endlich die 100 oder 180 Mio. € , über die ich gelesen habe, aus dem Raum sind. Mir wäre es wichtig gewesen, Ihnen vor einer Wahl das Thema mit den möglichen finanziellen Auswirkungen näher zu bringen. Bis gestern Abend hat das nicht funktioniert. Deswegen habe ich gestern Abend entschieden, wir wählen nicht!

Ich habe das Revisionsamt beauftragt, mit jeder notwendigen Personalstärke in den nächsten vier Wochen genau diese Einschätzung zu treffen und Ihnen rechtzeitig zu präsentieren. Wir werden es vorher nicht in den Rechnungsprüfungsausschuss schaffen. Wir werden eine einfache Rechnung präsentieren, die die Höhe des potenziellen Risikos beschreibt. Einen Abschlussbericht, liebe Gül-

seren Demirel, wird es erst geben, wenn sich die Ministerien und die Rechtsabteilungen über die Anwendbarkeit des § 111 geeinigt haben. Das kann sich hinziehen.

So lange möchte ich mit der Wahl nicht warten. Ich möchte, dass Sie im Lichte einer Einschätzung des Revisionsamtes und unter Berücksichtigung der Leistungen der Kollegin Meier der letzten ein- einhalb Jahre, für die ich mich verantwortlich fühle, abwägen, ob man der Kollegin Meier nicht doch das Vertrauen schenken kann. Das können wir in vier Wochen liefern. Alle erwähnten Beträge von 100 bis 180 Mio. € .... , wer dies zitiert, hat nicht den Revisionsbericht, sondern nur diese Zahlen gelesen. Das ist für 60 Seiten ein bisschen wenig.

Lassen Sie uns vernünftig miteinander reden! Ich habe für Transparenz gesorgt. Sie alle haben das Recht zu wissen, was bei diesem Vorgang transparent im Raum steht. Man muss nicht übertreiben und so tun, als würden wir hier dreistellige Millionennverluste haben. Das ist übertrieben, wir verschieben die Wahl um vier Wochen. Dann wird es die Zahl geben, und Sie können selbst für sich entscheiden, was Sie wählen wollen und was nicht.

Mir aber Intransparenz zu unterstellen, ist eine skurrile Umdrehung der Tatsachen. Ich verstehe es, ich habe auch lobende Worte für die Oppositionsarbeit lesen können. Das ist auch gut, das könnt Ihr gerne haben. Ein Rest von Tatbestand muss noch akzeptiert werden.,darum bitte ich. Danke schön.

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Darstellung von Tatbeständen möchte ich drei Punkte nennen. Der erste Punkt: Es ist nicht fair, von Revisionsberichten aus dem Jahr 2002 zu sprechen. Spätestens mit der Einführung des neuen Fachverfahrens SoJA ist ein wesentlicher Teil der Erkenntnisse, an die ich mich noch erinnere, aus dem Bericht abgearbeitet. Frau Meier kann auf keinen Fall vorgeworfen werden, dass ein über zehn Jahre alter Revisionsbericht von ihr nicht bearbeitet wurde. Dafür war ein anderer Referent zuständig.

Der zweite Punkt: Ich verweise Sie darauf, Haushaltsunterlagen der Stadtkämmerei sind dazu da, gelesen zu werden. Wer sie liest, hätte den Sachverhalt finden können. In den Unterlagen, die im Oktober letzten Jahres verteilt wurden, steht:

*„Auf Grund einer Gesetzesänderung werden Kosten für Asylbewerber seit Oktober 2012 in der Regel nicht mehr durch die Regierung von Oberbayern erstattet, sondern durch den vom Bundesverwaltungsamt festgestellten kostenerstattungspflichtigen überörtlichen Träger.“*

Und jetzt kommt der entscheidende Satz:

*„Die Entscheidung über die Kostenerstattung verzögert sich im Vergleich zu den Vorjahren erheblich. Unter der Voraussetzung, dass hier eine Beschleunigung der Verfahren eintritt, kann mit Mehreinnahmen gerechnet werden. Das Stadtjugendamt geht ...“*

und das auch in Bezug auf die vermeintlichen Skandale

*„...davon aus, dass die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in mindestens 90 % in vollem Umfang erstattungsfähig sind und auch erstattet werden.“*

Hier werden 100 % gefordert, beschlossen wurde ein Haushalt, indem auf 90 % verwiesen wurde. Der Sachverhalt war bekannt. Wenn man es so genau hätte wissen wollen, hätte man es bei dem Haushalt nachfragen können. Bitte lesen Sie das nächste Mal die Unterlagen, die Sie bekommen, und fragen Sie nach allen Skandalen, die es vermeintlich dort gibt, auch nach. Es wäre jederzeit möglich, die Einnahmen der Stadtkämmerei in Frage zu stellen und nachzufragen, ob es hier so abgebildet ist, wie es in dem darauf folgenden Satz auch sein müsste. Hier gibt es für mich keinen Aufklärungstatbestand in der Form, dass diese Sachlage nicht bekannt war.

Abschließend möchte ich noch eines deutlich machen: Selbst in sehr schwierigen Revisionsamtsberichten - und das ist sicher nicht der Erste, der uns vorliegt -, war es bisher Usus, dass diese erst dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt und dort abschließend bewertet werden. Warum es hier so eilig war, hat nach meiner Wahrnehmung ausschließlich damit zu tun, dass man offensichtlich diese Frage personalisieren wollte, auch im Hinblick auf diese Wahl. Das halte ich angesichts der vorgelegten Tatsachen nach wie vor für unanständig! - (Unruhe im Saal)

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Sie werden es nachvollziehen können, das verwaltungstechnisch Kleingedruckte dieser Beschlussvorlage interessiert mich eher am Rande. Ich musste vorher etwas schmunzeln, als einer der Berichtstatter oder Berichtstatterin von einer echten Verbesserung gesprochen hat, dass wir eine Fristverlängerung bekommen hätten.

Eine echte Verbesserung wäre ein Zuwanderungs-Stopp oder ein vollkommener Stopp Ihres „Willkommens-Irrsinns“. Das wäre eine echte Verbesserung, sonst überhaupt nichts. Ich entnehme der Beschlussvorlage und der Diskussion die bemerkenswerte Tatsache, dass die Verwaltung einer deutschen Millionenstadt allein mit der Bearbeitung der Erstattungsbescheide für sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge inzwischen an ihre Grenzen gelangt ist. Wie ich der Beschlussvorlage entnehme, ich zitiere: *„... sind dafür alleine 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, Akten zu sichern, Ansprüche anzumelden und zu liquidieren.“*

Womit haben wir es zu tun? Das Sozialreferat ist erfreulich auskunftsfreudig. Es geht um die Alimentierung, Unterbringung, Betreuung, Verköstigung und in vielen Fällen auch um die Beaufsichtigung und anderweitige „Betüdelung“ der derzeit 8.260 sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die zwischen 2013 und 2015 in München in Obhut genommen worden sind. Kostenpunkt für alles zusammen - das ist das große Fragezeichen.

Selbstverständlich habe ich Verständnis dafür, wenn wir einen Revisionsbericht abwarten müssen und eine Übersicht über die angefallenen erstattungsfähigen Kosten haben wollen. Eine Hausnummer hätten wir als gewählte Stadträte schon gerne, und auch die Öffentlichkeit wüsste gerne, in welcher Größenordnung Ansprüche noch im Raum stehen und möglicherweise gefährdet sind. Im Antrag der Grünen war als Hausnummer die Höhe von 180 Mio. € genannt. Ist das ganz daneben, oder könnte es auch noch höher sein? Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass die Betreuung und „Betüdelung“ dieser sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine außerordentlich kostenaufwändige Geschichte ist. Es geht nicht nur um Unterkunft, Ernährung und Freizeitmöglichkeiten. Das kostet ordentlich, sodass diese 180 Mio. € weit untertrieben sind.

Das ist nur die Summe, meine Damen und Herren, deren Erstattung durch das Bundesverwaltungsamt oder die übergeordneten 23 Träger überfällig und durch den Antragsrückstau gefährdet ist. Das sind Summen, die man zur Kenntnis nehmen muss und über die politisch ohne Denkverbote und politisch korrekte Scheuklappen diskutiert werden muss. Wir reden allein in München über „nur“ 8.200 sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die Dimensionen, die die Ali-

mentierung und Betreuung dieses Personenkreises in der ganzen Bundesrepublik ausmachen, dafür reicht das Display eines Taschenrechners leider nicht mehr aus. - (Unruhe im Saal)

- Einige Stadträtinnen und Stadträte verlassen den Saal. -

Ich hätte gerne mehr Ruhe, auch von Stadträtin Demirel, deren nicht unbedingt prickelnden Ausführungen ich sehr aufmerksam zugehört habe. Wenn ich von Ihnen, Frau Demirel, auch Ruhe haben könnte, wäre dies ein Akt von Kollegialität.

Auch in München haben sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Vergangenheit nicht immer für die beste Presse gesorgt. 2012 und im Dezember 2013 war von einem Hungerstreik dieses Personenkreises in der Bayern-Kaserne die Rede. Die Verpflegung entsprach nicht der Erwartung unserer ebenso exotischen wie jungen Gäste. Sogar die Münchner Lügen-Presse musste darüber berichten, dass es zu Übergriffen auf das Betreuungspersonal gekommen ist, bis den jungen Gästen entgegengekommen wurde und die Verpflegung und Freizeitangebote in München entsprechend besser geworden sind.

Nicht ohne Befremden nimmt man auch zur Kenntnis, dass von den immerhin 30, inzwischen identifizierten Tatverdächtigen nach den unglaublichen Silvester-Exzessen von Köln, in deren Folge sich seit Silvester unglaubliche 1.049 weibliche Opfer sexueller Übergriffe bei der Polizei mit Anzeigen gemeldet haben, nicht nur 15 Asylbewerber und 11 Illegale waren, sondern ebenfalls zwei sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Wenn einer meiner Vorredner als Erfolgsmeldung vermelden zu müssen glaubt, man hätte es mit einem problemlosen Personenkreis zu tun, und es wäre weiter nichts presse- oder aktenkundig geworden. Meine Damen und Herren, das ist der Medienzensur geschuldet. Sie wissen selbst, spätestens seit den Übergriffen von Köln gibt es handfeste Versuche von Seiten der Politik und der Polizeiführung, dass nicht alles, was tatsächlich passiert, auch an die Öffentlichkeit dringt. Wir haben es hier mit Medienzensur zu tun. Deswegen würde ich diese Erfolgsmeldung von den vermeintlich problemlosen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen etwas relativieren.

Meine Geduld als Steuerzahler, als Bürger und auch als Volksvertreter ist allmählich zu Ende. Ich habe kein Verständnis dafür, dass dieser Personenkreis minderjähriger Kostgänger die bundesdeutsche Aufnahmegesellschaft offenbar ungezählte Millionen Euro kostet. Sie in der Münchner Stadtgesellschaft sehen sich lediglich als dienstfertige „Durchreicher“ und Dienstleister, die das

Geld der Steuerzahler und von übergeordneten Kostenträgern anfordern, um es durchzureichen und aus dem Fenster zu schmeißen.

Nicht nur ich, sondern glücklicherweise eine wachsende Zahl von Bürgern, nicht nur in München, sondern in der ganzen Bundesrepublik, hat für dieses Gebaren, für Ihre Form der Willkommenskultur kein Verständnis mehr. Auch für solche Details in den Fußnoten Ihrer Beschlussvorlage, wo es auf Seite 4 allen Ernstes heißt, ich zitiere:

*„Vorrangiges Ziel ist zunächst die fachgerechte Unterbringung, Betreuung und Versorgung zahlreicher Kinder und Jugendlicher. Gemeinsames Ziel muss es sein, zu verhindern, dass aufgrund der knappen Übergangsfristen nennenswerte Erstattungsbeiträge verfristen oder verjähren.“*

Nein! Gemeinsames Ziel muss es sein, dass die Zuwanderung in unser Land endlich aufhört. Gemeinsames Ziel muss es sein, dass endlich auch die unsäglichen Folgeerscheinungen dieser Zuwanderung, dieses „Willkommens-Irrsinns“ endlich aufhören. Reichen Ihnen vielleicht 1.000 Opfer von unter anderem minderjährigen, heranwachsenden und auch erwachsenen muslimischen Testosteronschleudern in Köln nicht, die in der Silvesternacht geglaubt haben, sie könnten einheimische Frauen als Freiwild betrachten? Reicht Ihnen das noch nicht? Brauchen Sie erst solche Begebenheiten und Zwischenfälle, solche Exzesse auch in München, damit Sie zum Schalten anfangen und vielleicht zum Nachdenken anfangen, ob Ihre Durchreichungspolitik, Ihre unglaublich arrogante Verschwendung von Steuergeldern auf Kosten des einheimischen Steuerzahlers, vielleicht unangemessen ist?

Ich habe kein Verständnis für dieses Verfahren. In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen versprechen, sexuelle Belästigungen, Übergriffe auf Frauen, Grabschereien, gerade aus diesem Grund wird es demnächst im Münchner Norden wieder zum Krachen anfangen. Dort glauben Sie und glaubt Ihre Stadtverwaltung, den betroffenen Bürgern jetzt die dritte Unterkunft vor die Nase setzen zu müssen. Die Frauen können sich dort schon jetzt nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße trauen, weil sie belästigt werden. Das bringt natürlich die Münchner Lügen-Presse nicht zur Sprache.

Hören Sie auf, der Öffentlichkeit dieses Gehirn erweichende Märchen von den armen, traumatisierten Flüchtlingskindern zu erzählen! Die Kriminalstatistiken, wir alle und die betroffenen Bürger in dieser Stadt wissen es leider sehr viel besser.

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister! Es wundert mich auch nicht, dass Sie der Vollversammlung und den Zuhörern oben auf der Tribüne, der Öffentlichkeit, inzwischen keine weiteren Standort-Beschlüsse über neue Asylanten-Unterkünfte mehr zumuten möchten. Es geht inzwischen an das Eingemachte. Ersparen Sie uns und den Münchner Bürgern endlich Ihr unglaublich arrogantes Credo „Wir schaffen das!“. Nein, wir die bundesdeutsche Aufnahmegesellschaft und insbesondere auch die Münchner Stadtgesellschaft, der grenzenlos geduldige Steuerzahler, wir schaffen es eben nicht!

Angesichts ungezählter Millionen von Kosten allein für die „Betüdelung“ von rund 8.200 sogenannten minderjährigen Flüchtlingen in München und ihrer möglichen Verfristung ist es eine schallende Ohrfeige für die einheimischen Bürger in unserer Stadt. Sie müssen all dieses Geld, egal ob 5 oder 80 Mio. € erst erwirtschaften, damit Sie es mit beiden Händen aus dem Fenster hinausschmeißen können. Sie können sich darauf verlassen, Herr Oberbürgermeister, und jeder von Ihnen, der mitverantwortlich ist für diese Irrsinnspolitik, dass diese und hundert andere Bankrotterklärungen Ihrer Willkommen-Politik nicht vergessen werden. Vielen Dank. - (Beifall von der Tribüne )

OB Reiter:

Würden Sie aufhören, zu klatschen oder innerhalb der nächsten 30 Sekunden den Saal verlassen! Diese beiden Alternativen gibt es. Meine Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Zuseher im Livestream! Wieder einmal haben wir erlebt, wie der BIA-Vertreter sein einfach gestricktes, rechtes Weltbild aufzeigt. Ein Weltbild, das wie immer auf Hetze, auf Zerstörung unserer Gesellschaft, unseres Zusammenhalts, auf Ausgrenzung bestimmter Personengruppen und letztendlich auf eine Aushöhlung des Grundgesetzes - jedenfalls des Artikels, in dem ein Satz steht, den er wahrscheinlich nicht versteht, abzielt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

Ich bin ganz sicher, dass wir, die Demokraten in diesem Stadtrat, gerne und oft streiten, gerne und oft diskutieren. Wir haben es heute schon erlebt und haben auch des öfteren unterschiedliche Meinungen. Aber ich weiß ganz sicher, das, was hier vorgetragen wurde, wird in diesem Stadtrat niemals mehrheitsfähig sein. Wir werden weiterhin jeden Anflug dieser rechten und rechtsnationalen Thesen geduldig ertragen müssen, weil wir als Demokraten dazu verpflichtet sind. Wir werden aber in keiner Sekunde und keinen Millimeter folgen. Wir werden weiterhin Flüchtlingsunterkünfte beschließen und auch weiterhin dafür sorgen, dass die Menschen, die auf der Flucht zu uns kommen, bestmöglich bei uns behandelt werden. Das halte ich für einen Anspruch der Menschlichkeit, ein Wort, über das Sie sich Gedanken machen sollten. - (Beifall im Hause - Protestrufe von der Zuschauertribüne)

OB Reiter:

Würden Sie die Dame aus dem Saal begleiten. - (Protestrufe von oben) - Aber bitte sofort! - (Zwischenrufe einiger Stadträtinnen und Stadträte: Raus! Raus!) - Würden Sie bitte die Sitzung verlassen. Auf geht's! Auf Wiedersehen! - (Zwischenrufe einiger Stadträtinnen und Stadträte: Raus! Raus!) - Gehen Sie bitte raus, ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch. Es reicht! - (Protestrufe von der Empore) - Ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch, Sie gehen jetzt sofort! - (Unruhe im Saal) - Es reicht schon, wenn wir einen von Ihnen ertragen müssen. Ich werde die Sitzung erst fortsetzen, wenn die Damen nicht mehr auf der Tribüne sind. - (Unruhe im Saal - Protestrufe von der Zuschauertribüne: Sie verschwenden Steuergelder!)

- Die Sitzung wird einige Minuten unterbrochen -

## StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen wir wieder auf die Sachthemen zurück. Wo fange ich an? Wie wir vorhin schon eingeworfen haben: Wenn alles in Ordnung gewesen wäre, hätte man heute die Wahl vollziehen können. Herr Oberbürgermeister, ich verstehe nicht, warum Sie die Wahlen aller Referenten abgesetzt haben. Die Kolleginnen und Kollegen können nichts dafür. Ich sehe ein, dass Aufklärungsbedarf besteht. Wir schließen uns vollumfänglich den Ausführungen von Frau Demirel an. Sie hat es auf den Punkt gebracht. Herr Kollege Müller, wenn Sie sagen, dass der Revisionsbericht 2002 keinen Anlass zur Diskussion darstelle, dann sage ich: Doch, und zwar aus einem einfachen Grund: Frau Kollegin Meier, Sie haben vorher gesagt, Sie haben im November 2015 das erste Mal etwas von diesen Fristen gehört. Im Bericht des Revisionsamts ist ausgeführt: Bei den Prüfungen im Jahr 2002 wurde festgestellt, dass Abrechnungen nicht zeitnah vorgenommen wurden. Daraufhin hat das Stadtjugendamt Regelungen über eine zeitnahe Abrechnung in das Arbeitshandbuch des Stadtjugendamtes aufgenommen. Abrechnungen sind demnach jeweils halbjährig zu erstellen.

Es fehlt jegliches Controlling in diesem Referat. D. h., Sie müssen das Controlling durchführen. Wenn Ihnen das durch die Lappen geht, müssen Sie zumindest Leute haben, die sie in irgendeiner Form darauf aufmerksam machen. Wir haben es mit Ausschlussfristen zu tun. Eine Verjährung greift natürlich erst dann, wenn die Ausschlussfrist eingehalten wurde. Ich hoffe auf eine detaillierte Aufklärung über die Beträge. Ich persönlich plädiere dafür, die Wahl erst dann anzusetzen, wenn dem Stadtrat tatsächlich die gesamte Aufklärung und der komplette Schaden vorgelegt wurden.

- (Beifall)



OB Reiter:

Ich habe mittlerweile gebeten, gegen die beiden Damen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch zu stellen, damit sie nicht im Monatsrhythmus wiederkehren. - (Beifall)

StRin Koller:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Nach den Auftritten fällt es fast ein wenig schwer, dazu etwas zu sagen. Mir ist es trotz all der Verärgerung über manche Redebeiträge des Oberbürgermeisters wichtig, ihm meinen Dank für diese klaren Worte gegenüber der BIA und zum Auftritt auszusprechen. Herzlichen Dank! - (Beifall) - Das zeigt, dass wir bei den wichtigen Themen immer an einer Seite stehen.

Ich habe mich gemeldet, weil ich als Mitglied des Sozialausschusses und als Verwaltungsbeirätin des Jugendamts die Diskussion in den letzten paar Tagen intensiv verfolgt habe. Kollege Müller hat Recht: Ich habe den Haushalt nicht so gelesen. Ich habe zwar die Zahlen gelesen, aber mir ist die Dringlichkeit dieser Zahlen nicht klar geworden, weil ich z. B. den Haushalt der Kämmerei - ehrlich gesagt - nie lese. Wir haben dafür Finanzer. Ich bekomme die Einnahmen-Seite nicht mit. Ich weiß nicht, ob ich als Stadträtin die unterschiedlichen Zahlen vergleichen muss. Ich glaube, diesbezüglich gibt es eine Informationspflicht der Verwaltung gegenüber dem Stadtrat. Ich habe von den Vorfällen das erste Mal aus einer für mich etwas kryptisch formulierten Anzeige in der Rathaus-Umschau gehört. Als ein Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* auftauchte, wurde uns die Brisanz klar.

Wir haben mehr Informationen gefordert. Ich war am Donnerstag im Sozialausschuss. Werter Kollege, Frau Els hat zu diesem Thema überhaupt nichts gesagt. Sie war am Anfang nur im anderen Ausschuss anwesend. Die Diskussion über dieses Thema wurde nur im Sozialausschuss geführt, als Frau Els schon nicht mehr anwesend war. Das spielt aber überhaupt keine Rolle. Nach dem Ausschuss habe ich zu meiner Fraktion gesagt: Leute, lasst uns „runterkochen“! Es ist bestimmt einiges nicht gut gelaufen, aber wir sind auf einem guten Weg, das funktioniert. Wir wollten uns nur noch den Zwischenbericht des Revisionsamts anschauen.

Es wäre natürlich sinnvoller gewesen, wenn wir den Zwischenbericht bereits vor dem Sozialausschuss hätten lesen können. Dadurch hätte man kritischer nachfragen können. Ich bin bis zum Montagabend davon ausgegangen, mich in meiner Fraktion dafür einzusetzen, dass wir das angedachte Vorgehen unterstützen, auch wenn das Sozialreferat vielleicht nicht alles optimal gemacht

hat. Anschließend habe ich den Zwischenbericht des Revisionsamts gelesen und festgestellt, das geht nicht. Es sind viele Punkte enthalten, die nicht machbar sind.

Der Oberbürgermeister hat Recht, dass sich seit Dezember die Zahlen geändert haben. Ich weiß jedoch nicht, was sich bei den Aspekten verändert hat, dass die Mitarbeiter nicht informiert waren. Das ist keine Angelegenheit, die zufällig auftaucht, sondern die längerfristig angelegen ist. Ich habe gelesen, dass SoJA nicht immer funktioniert hat. Man hat noch andere Anwendungen genutzt. Andere Abteilungen haben wieder etwas völlig anderes gemacht. Es muss doch aufgefallen sein, dass man vier oder fünf verschiedene Abrechnungs-Module nutzt. Es ist nachvollziehbar, dass dann kein Überblick mehr vorhanden ist.

Es wurde bereits von Kollegin Neff ausgeführt: Wir reden nicht von einem Revisionsbericht aus dem Jahr 2002, von dem wir alle nichts mehr wissen, sondern in dem jetzigen Zwischenbericht ist ausgeführt, was gefordert und nicht umgesetzt wurde. Natürlich ist nicht allein die Referentin verantwortlich. Es gibt viele mitverantwortliche Personen. Diese Diskussion muss man führen. Wir haben uns die Frage gestellt: Was kann man am Montagabend respektive Dienstagmittag noch anderes tun, als zu sagen: Wir müssen erst sehen, was überhaupt an der Sache dran ist. Dazu brauchen wir Aufklärung. Anschließend können die Referentenwahlen durchgeführt werden.

Der Zeitdruck ist aber nicht durch uns entstanden. Es war nicht so, dass uns seit November Zahlen vorgelegen hätten, die wir unterdrückt hätten, um kurz vor der Referentenwahl aktiv werden zu können. Sie hätten in dem Moment, in dem die Brisanz klar geworden ist, die Möglichkeit gehabt, auf die Fraktionen zuzugehen, um gemeinsam die Möglichkeiten abzuklären. Die Brisanz muss klar gewesen sein, sonst hätte der Oberbürgermeister das Revisionsamt nicht zur Prüfung aufgefordert. - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

Ich bin Verwaltungsbeirätin im Jugendamt. Ich hatte in dieser Zeit viele Gespräche mit dem Jugendamt, in denen wir über viele wichtige, aber vielleicht auch unwichtige Themen gesprochen haben. Es hat mir niemand erzählt, dass dreistellige Millionenbeträge zumindest kritisch zu sehen sind. Diesbezüglich fehlt es an Transparenz. Das ist nicht die Schuld des Oberbürgermeisters. Das ist an einer anderen Stelle schief gelaufen. Wir sind nicht mehr in der Regierung und müssen natürlich nicht in die Details der Regierungsmehrheiten eingebunden werden, aber solch einfache Abläufe müssen funktionieren. Es muss doch klar sein, dass eine Opposition bei einer solchen Angelegenheit nachfragt. Wenn wir diese Zahlen eine knappe Woche vor der Wahl bekommen, brauchen Sie sich nicht wundern, wenn wir das zum Thema dieser Wahl machen. Es wäre wesentlich

einfacher gewesen, wenn wir früher eingebunden worden wären. Ich verstehe die Verärgerung an manchen Punkten. Das wäre uns genauso gegangen.

Heute so zu tun, als würden wir mit unseren Fragen nach dem Geld die Grundsätze guter Flüchtlingsunterbringung infrage stellen, halte ich wirklich für dreist. Das weisen wir zurück! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

StR Dr. Assal:

Noch zwei Anmerkungen: Frau Demirel hat das Wort „Moral“ groß ausgebreitet. Ich finde, mit Moral hat das überhaupt nichts zu tun. OB Reiter sagt, das Problem ist das Vertrauen. Nun frage ich Frau Koller: Haben Sie kein Vertrauen in Frau Meier?

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

## **Bericht zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Beschaffung der LH München und zur Förderung des fairen Handels in München Vorschlag für das weitere Vorgehen**

Aktensammlung Seite 3213

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der letzte Punkt der öffentlichen Tagesordnung. Vielleicht gehen wir nach der Vollversammlung einkaufen, denn um den Einkauf der Stadt München geht es auch hier. Wie ist das bei Ihnen? Wo kaufen Sie eigentlich ein? Wie kaufen Sie ein? Wenn Sie beispielsweise Kleidungsstücke kaufen, entscheiden Sie bestimmt nach Ihrem Geschmack, aber Sie werden auch andere Kriterien anwenden, wie z. B. den Preis. Wo kann ich es eigentlich kaufen? Vielleicht lassen Sie in letzter Zeit auch vermehrt soziale Kriterien und Umweltkriterien einfließen. Seitdem in Bangladesch das Rana Plaza, eine Textilfabrik, eingestürzt ist und mehrere Hundert Menschen mit in den Tod gerissen hat, gibt es immer mehr Personen, die sich überlegen: Woher kommen unsere Klamotten? Außerdem hat Greenpeace uns darauf hingewiesen, dass wir in den Herstellungsländern für die Verschmutzung von Flüssen verantwortlich sind. Die Chemikalien, die für unsere Textilien verwendet werden, sind alles andere als sauber.

Die Textilien sind nur eine kleine Produktgruppe, die die Stadt München einkauft. Wir kaufen von Toilettenpapier, die großen Volumina für den Baubereich, über Spielzeug für städtische Kindergärten, bis hin zur Einrichtung des Rathauses mit Möbeln und Computern viele Produkte ein. Wir begrüßen diese Vorlage, weil sie bereits viele Produktgruppen aufgreift. Wir verstehen auch die Historie, wie das Thema im damaligen Büro von Herrn Monatzeder entstanden ist. In den Jahren 2011 und 2013 haben zunächst die sozialen Kriterien eine Rolle gespielt. Anschließend wurden sie um nachhaltige Kriterien erweitert.

Mir fehlt in dieser Vorlage ein wenig die strategische Ausrichtung. Ich möchte, dass wir soziale Kriterien und Umweltkriterien gesondert betrachten. Ich möchte, dass wir systematisch alle Produkte beurteilen, die wir einkaufen. Das ist noch eine ganze Menge weiterer Produktgruppen als die, die in der Vorlage aufgeführt sind. Wir nehmen diese Vorlage zur Kenntnis, aber wir glauben, dass noch Einiges an Weiterentwicklung möglich ist. Die Stadt München kann mit ihrem Einkaufsverhalten sehr viel bewegen. Wir können regionale Firmen unterstützen und besondere Kriterien anwen-

den. Insbesondere ab April dieses Jahres ist es mit der neuen EU-Gesetzgebung möglich, diesen Spielraum zu erweitern. Ich würde gerne sicherstellen - das werde ich auch in den kommenden Anträgen tun -, dass wir den Aspekt der nachhaltigen Beschaffung als einen wichtigen Punkt der Münchner Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen und strategisch umsetzen. Vielen Dank. - (Beifall der ÖDP)

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 12:30 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 27. Januar 2016

R e i t e r  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München

Protokoll